Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 713

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 12. Oktober

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875

Amtliches.

Berlin, 11 Oktbr. Der König hat dem kais. österr. Kämmerer und Landeshauptmann des Herzogthums Salzburg, Grafen Hugo von Lamberg, den k. Kr. O. 2. Kl. mit dem Stern; dem kais. russ. Wirkl. Staatsrath und Direktor der kais. Bauschule in St. Petersburg, Prof. Bernhard, den k. Kr. O. 2. Kl. verliehen; den Reg.-Ass. Herrmann Albert Waldemar Krossa zum Landrathe des Kreises Ragnit; sowie den Gymnasial-Oberlehrer Dr. Tägert in Cöslin zum Realschuldirektor ernannt.

Dem Realschuldirektor Dr. Tägert ist die Direktion der Realschule in Siegen übertragen, der Dr. phil. Woldemar Voigt in Leipzig zum außerord. Prof. in der phil. Fakultät der Universität zu Königsberg i. Pr. ernannt, der Oberlehrer M. Scheling beim Gymnasium zu Meseritz in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Emmerich und der ord. Lehrer Dr. Brußkern vom Gymnasium in Emmerich als Oberlehrer an das Gymnasium zu Schrimm versetzt, auch die Berufung des ord. Lehrers Schieffer vom Gymnasium in Aachen zum Oberlehrer am Apostel-Gymnasium in Köln genehmigt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 11. Oktober.

— Dem jetzt vorliegendem Reiseprogramm des Kaisers für die Reise nach Mailand zufolge findet die Abreise aus Baden-Baden am 16. Oktober Abends 9 Uhr statt. Außer dem Aufenthalt in Innsbruck ist ein Nachtlager in Trient, und in Kufstein am 17. Oktober früh 8 Uhr 20 Minuten ein ¾stündiger Aufenthalt beabsichtigt. Während des zweistündigen Aufenthalts in Innsbruck sind Besichtigungen in Aussicht genommen. Die Ankunft in Bergamo erfolgt am 18. Oktober um 2 Uhr 5 Minuten, die Abreise um 3 Uhr 20 Minuten, die Ankunft in Mailand um 4 Uhr 15 Minuten.

— Eine sehr bemerkenswerthe Entscheidung wurde in diesen Tagen seitens des Kammergerichts gefällt. Bei der Wahl eines Kirchenraths in einem Dorfe bei Brandenburg war ein Oekonom als Kandidat aufgestellt, gegen dessen Wahl fünf dortige Bauern aus Gründen persönlicher Natur in der allerheftigsten Weise agitirten, wobei sie ihren Mitwählern so manche nicht gerade gute Eigenschaft des Kandidaten zur Kenntniß brachten. Der Kandidat wurde aber nichts desto weniger gewählt und erfuhr nun von seinen Gönnern, in welcher Weise seine Gegner sich über seine Person ergangen hatten. Dies veranlaßte ihn zur Anstellung einer Injurienklage gegen dieselben und da derartige Behauptungen sich schwer beweisen lassen, verurtheilte das Kreisgericht zu Brandenburg die Verklagten zu namhaften Geldstrafen. In der eingelegten Appellation machten die Verurtheilten geltend, daß sie sich als Wähler für verpflichtet gehalten hätten, alles über den Kandidaten bekannte Nachtheilige zur Sprache zu bringen, um die nach ihrer Ansicht für die Gemeinde unvortheilhafte Wahl zu verhüten. So hätten sie sich in der Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden, weshalb ihnen der § 193 des Reichsstrafgesetzes zur Seite stehe. Der Kammergerichtshof erkannte auf Abänderung des ersten Erkenntnisses unter Abweisung der Injurienklage. In der Begründung heißt es, daß die Verklagten berechtigt waren, ihre Ansichten über den aufgestellten Kandidaten zu äußern; es stehe ihnen somit der § 193 des Strafgesetzbuchs zur Seite, nach welchem derartige Aeußerungen straflos bleiben, sobald nicht aus der Form derselben die beleidigende Absicht hervorgehe. Diese aber habe der Gerichtshof aus den gebrauchten Redensarten nicht entnehmen können.

— [Preßprozesse.] In den letzten Tagen sind zwei Preßprozesse wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck verhandelt worden, von denen der eine mit Verurtheilung, der andere mit Freisprechung endete. Am Sonnabend verhandelte die 7. Kriminaldeputation des Stadtgerichts gegen den Direktor der „Germania, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei", Edmund Eirund, und den Legationsrath a. D. Friedrich v. Kehler. Fürst Bismarck hatte den Strafantrag gestellt. Es handelte sich um eine, der Anklage zu Folge, dem Reichskanzler zugefügte Beleidigung, enthalten in einer im August v. J. durch die Aktiengesellschaft Germania verlegten Broschüre unter dem Titel: „Kritik der Motive zum Reichsgesetz vom 4. Mai 1874, betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern", und zwar wird die Beleidigung in einem Passus gefunden, in welchem dem Fürsten Bismarck der Vorwurf der Verfassungsverletzung gemacht wird. Der Gerichtshof entschied sich für die Auffassung der Anklage und verurtheilte den für den Verlag allein verantwortlichen Direktor Eirund zu einer Geldbuße von 180 Mark, während Herr v. Kehler, welcher nachweislich mit dem Verlag der Schrift nichts zu thun gehabt, freigesprochen wurde. Gleichzeitig erkannte das Gericht auf Unbrauchbarmachung des inkriminirten Passus. — Am 5. d. verhandelte das münchener Schwurgericht gegen den Redakteur des „Vaterland" Dr. Sigl. Derselbe, der z. Z. eine 10monatliche Gefängnißstrafe (ebenfalls wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck) im Zellengefängnisse zu Nürnberg verbüßt, hatte sich zur Verhandlung nach München verbringen lassen und erschien seiner Gewohnheit gemäß ohne Vertheidiger im Gerichtssaale, um den vom Fürsten Bismarck selbst gestellten Strafantrag verlesen zu hören. Dieser Strafantrag bezieht sich auf einen in Nr. 284 vom 8. Dezember 1874 produzirten, das „Deutsche Reich und die Zukunft" überschriebenen Artikel, worin dem Fürsten Bismarck die Absicht, Deutschland und die Katholiken zu protestantisiren, zugeschrieben und ihm zugerufen wird: „Mann von Varzin, Du spielst ein gefährliches, gewagtes Spiel . . . er mag siegen, wo rücksichtslose Gewalt, Eisen und Blut im Bunde mit politischer Heuchelei mit Gewissen à la Klapka und Garibaldi, einer Reptilienpresse und die Manneswürde schändenden Bedientenseelen Mittel ist zum Ziele." Durch diesen Passus fühlte sich Fürst Bismarck in Bezug auf seinen Beruf beleidigt und das Appelgericht erkannte auch nach Art. 185 des R. St.-G.-B. und des Art. 20 des Reichspreßgesetzes auf Verweisung — während es in den innerhalb desselben Artikels gebrauchten Worten „Untergang der Hohenzollern" keine Beleidigung des Deutschen Kaisers erblickte und daher auf Einstellung der Untersuchung erkannte. Dr. Sigl erklärte zwar, der Verfasser des Artikels nicht zu sein, jedoch die Verantwortlichkeit zu übernehmen, und kann „mit guten Gewissen", widerstreiten, daß „dem Verfasser" jede Absicht, zu beleidigen, gefehlt habe. Er selbst habe ein halbes Jahr Zeit gehabt, über den Artikel nachzudenken, aber den objektiven Thatbestand der Beleidigung nicht gegeben finden können. Staatsanwalt Freiherr von Leonrod, der 5 Geschworne abgelehnt hatte, fand indeß die Beleidung außer Zweifel gestellt und hielt die Anklage aufrecht. Dr. Sigl vertheidigte sich beredt, spitzig und zuweilen mit Galgenhumor, zum Schluß sein Nichtschuldig beantragend. Da Dr. Sigl gelegentlich behauptet hatte, daß, weil die preußische Staatsanwälte die fortwährend in berliner Blättern enthaltenen Beleidigungen des Königs von Baiern niemals verfolgen, man auch in München nicht allzusehr mit Denunziationen nach Varzin eilen sollte, berichtigte der Schwurgerichtspräsident, daß eine solche Verfolgung auch bei Bundesfürsten nur auf Grund spezieller Anträge eintreten könnte, solche Anträge aber von dem König von Baiern noch nicht gestellt worden seien. Die Geschwornen verneinten nach längerer Berathung die Schuldfrage, weshalb der Gerichtshof sofort auf Freisprechung des Dr. Sigl erkannte.

— Die nächste Session des Deutschen Landwirthschaftsraths findet vom 18—23. Oktober c. in Berlin im Abgeordnetenhause statt. Tagesordnung: Die Anforderungen der Landwirthschaft in Bezug auf den Zolltarif. Ref.: Prof. Richter-Tharand. — Die rationellste Zuckerbesteuerungs-Art und ihre Einführung. Ref.: Dr. Herth-Heidelberg. Korref.: Knauer-Gröbers. — Der gegenwärtige Zustand des Hagelversicherungswesens in Deutschland. Ref.: Prof. Richter-Tharand. — Wassergesetzgebung des Deutschen Reichs. Ref.: Landes-Oekonomierath Griepenkerl Braunschweig, Präsid. a. D. von Heemskerk Wiesbaden, Oberappellationsrath v. Lenthe-Hannover. — Die Gesetzgebung über die Gewährleistung beim Viehhandel. Ref.: Rittergutsbesitzer Pogge-Roggow. — Einheitliche Organisation der Pferdezucht in den Deutschen Staaten. Ref.: v. Saucken Tarputschen, Amtsrath Roth-Dessau. — Kontraktbruchfrage. Ref.: Oberappell.-Rath v. Lenthe, v. Saucken-Tarputschen, v. Oelschlägel Oberlangenau. — Die Eisenbahnfrage: a) in Bezug auf das Tarifwesen, b) in Bezug auf den Entwurf des neuen Eisenbahngesetzes. Ref.: Frhr. von Nordeck zur Rabenau-Friedelhausen, Graf v. Wintzingerode Schloß Bodenstein. — Der gegenwärtige Stand der Arbeiterfrage. Ref.: Landes-Oekonomierath Griepenkerl. — Die Bedürfnisse des platten Landes bei der neuen Gerichts-Organisation. Ref.: Stadtrichter Wilmanns-Berlin, Partikulier Bokelmann-Kiel. — Anträge von Vereinen: Maßregeln gegen den Verkauf von Kunstweinen unter dem Namen „Naturwein", Gesetz, den Schutz der Bienenzucht und die einschlagenden Rechtsverhältnisse, die Grund- und die Einkommensteuer betreffend u. s. w. — Der deutsche Landwirthschaftsrath zählt nach seiner Verfassung gegenwärtig 57 Deputirte der deutschen Staaten und Provinzen, resp. ihrer Zentralstellen. Vorsitzender ist zur Zeit der Ritterschaftsdirektor, Abgeordneter v. Wedell Malchow, Stellvertreter: Freiherr v. Nordeck zur Rabenau Friedelhausen, Landesökonomierath Griepenkerl-Braunschweig. Als Generalsekretär fungirt Oekonomierath Hausburg-Berlin.

Köln, 8. Oktober. Gestern kam vor dem Zuchtpolizeigericht die Sache des Reichstags- und Landtags-Abgeordneten Grafen Alfred zu Stolberg-Stolberg in zweiter Instanz zur Verhandlung. Derselbe war beschuldigt, bei einigen zu Lindlar, Wipperfürth und Marienlinde abgehaltenen Wanderversammlungen des mainzer Katholikenvereins das Vereinsgesetz übertreten, den Reichskanzler Fürsten Bismarck und die Minister Falk und Grafen Roon beleidigt, sowie durch Aufstellung falscher oder entstellter Angaben die Staatsgesetze verächtlich zu machen gesucht zu haben. Die Beleidigung des Fürsten Bismarck bezog sich auf die bekannte Lamarmora'sche Broschüre und die Beschuldigung, daß Fürst Bismarck deutsches Gebiet an Frankreich habe abtreten wollen. Der Angeklagte soll ferner behauptet haben, der Minister Dr. Falk habe durch Vertreibung der Schulschwestern die Verfassung verletzt. Ferner habe v. Roon sich durch Dotationen und Güterspekulationen ein Vermögen von 900000 Thlr. erworben. Worauf an einige der Versammlung beiwohnende Landwehrmänner die Frage gestellt wurde: „Was habt denn Ihr bekommen?" Eine gefährliche Behauptung in einer wenig urtheilsfähigen Versammlung von Landbewohnern war ferner die: daß die Geistlichen nunmehr von dem Oberpräsidenten angestellt würden. In erster Instanz war der Graf zu Stolberg von der Beschuldigung, den Fürsten Bismarck, sowie die Minister Falk und v. Roon beleidigt zu haben, freigesprochen, wegen einer Verletzung des Vereinsgesetzes und Zuwiderhandelns gegen den § 131 dagegen zu einer Geldbuße von 300 M. verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil hatte der königliche Staats-Prokurator Berufung eingelegt und in der gestrigen Sitzung beantragte er eine Gefängnißstrafe von drei Monaten. Advokat-Anwalt Grommes führte die Vertheidigung. Das Urtheil wird in acht Tagen publizirt werden.

Dresden, 8. Oktober. Der hier tagende Kongreß für innere Mission hat gestern als seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß unser deutsches Volk in Gefahr steht, die edelsten Güter des Geistes, der christlichen Bildung und der Freiheit, auf die es einen heiligen Anspruch hat, durch die überhandnehmende Entheiligung des Sonntags verkümmert zu sehen. Der Kongreß richtet deshalb an die deutschen Obrigkeiten, an alle Gemeindevorstände, Synoden und obern kirchlichen Behörden, sowie an alle Vereine für freie christliche Liebesthätigkeit die dringende Bitte und den Antrag, daß durch Gesetz und Verwaltung, durch geeignete Einwirkung auf dem einer jeden Instanz zustehenden Gebiete und vor allem durch ihr eigenes Vorbild die Gewissen geweckt, der Unsitte und dem verderblichen Unfuge der Sonntagsentheiligung entgegengewirkt und dem Zerstörungswerke derselben ein schützender Damm entgegengesetzt werde. Insbesondere wendet sich der Kongreß an alle Arbeitgeber.

München, 9. Oktober. Die „Augsburger Abendzeit." beklagt es als eine Ungeheuerlichkeit, daß bei der von Klosterfrauen geleiteten städtischen Mädchenschule in Ingolstadt noch immer der „Grundriß der Weltkunde für Volksschulen", gedruckt 1869, in Gebrauch ist, wonach Deutschland in den norddeutschen Bund und in die süddeutschen Staaten eingetheilt, Frankreich als Kaiserreich und der Kirchenstaat natürlich als dem Papste gehörend aufgeführt, sowie die großen Ereignisse der Jahre 1870—71 spurlos übergangen sind.

Niederlande. Die den Niederländern gehörige, nahe der Nordküste der südamerikanischen Republik Venezuela belegene Insel Westindiens Curaçao, hat Verwickelungen mit der genannten Nachbarrepublik hervorgerufen. Curaçao, 8 □Meilen groß, mit ungefähr 20000 Einwohnern, unterhält einen lebhaften Handel mit dem südamerikanischen Festlande, durch den allein es bestehen kann. Bei den fortdauernden politischen Unruhen in Venezuela suchten die unterliegenden Parteigänger Schutz auf Curaçao, der ihnen auch gern gewährt wurde und unter dem sie ihre Pläne ganz ruhig zur Reife bringen konnten. Das erbitterte aber die jeweiligen Machthaber in Venezuela, und diese ließen ihren Zorn an niederländischen Unterthanen oder ihrem Eigenthum aus. Seit einigen Jahren sind die Häfen dem niederländischen Handel geschlossen. Die Schiffsmannschaft eines Schooners wurde neun Monate in Venezuela gefangen gehalten und körperlich mißhandelt, weil man das Schiff im Verdacht hatte, Kriegskontrebande zu führen, ohne dafür den Beweis liefern zu können. Schon lange schweben Unterhandlungen zwischen der hiesigen Regierung und Venezuela; man hat sich auf das Urtheil eines Schiedsgerichts berufen, aber Venezuela kümmert sich nicht um den Spruch des Schiedsgerichts. Da Verhandlungen mit dem Auslande von hiesiger Seite immer sehr geheim gehalten werden, so ist der Stand der Unterhandlungen nicht genauer bekannt. Es verlautet nur, daß die Republik Vergütung für die Gefangenhaltung der Mannschaft des Schooners zahlen, die anderen Forderungen Hollands aber nicht bewilligen will. Dieser Tage soll der venezuelische Geschäftsträger im Haag eine Note überreicht haben, welche die friedliche Lösung der Angelegenheit sehr in Frage stellen soll.

Paris, 8. Oktober. Der Gemeinderath von Lyon hat die Absicht, den Marschall zum Besuch dieser Stadt einzuladen, damit er sich überzeuge, daß die Verläumdungen, welche gegen die lyoner Demokratie ausgestreut worden, vollständig unbegründet sind. Ob der Marschall diese Einladung annehmen wird, steht dahin; die große Majorität der Bewohner von Lyon ist der Republik zugethan und das klerikal-reaktionäre System will ihr nicht gefallen. Nach Orleans wird der Marschall Ende dieses Monats aber gehen. Diese Stadt ist, Dank den Bemühungen des Msgr. Dupanloup jedenfalls eine der „bestgesinntesten von ganz Frankreich. — Die Bonapartisten befolgen seit einigen Tagen dem Marschall und der Regierung gegenüber wieder eine neue Taktik: sie überhäufen Mac Mahon und Buffet mit Lobeserhebungen; zugleich aber nennen sie den Marschall vor den Orleanisten, „die den Herzog von Aumale, und vor den drei Linken, welche Thiers ans Ruder bringen wollen". Es ist jedoch zu hoffen, daß der Marschall merkt, daß die Einzigen, die ihm seine Gewalten streitig machen könnten, die Bonapartisten sind, da weder die Orleanisten, noch die Republikaner daran denken und denken können, vor 1880 einen anderen Mann an die Spitze Frankreichs zu stellen. — Der lyoner Buchhändler Favier, Präsident des radikalen Wahlkomites des Rhone-Departements, der die Absicht hat, sich zum Senator wählen zu lassen, betreibt seine Wahl ernstlich, da er in den lyoner Blättern bekannt machen läßt, daß er jeden Tag von 7 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends zu sprechen ist. „Indem ich ruhig fortarbeite," schließt seine Ankündigung, „werde ich von allen mir gemachten Bemerkungen „bonne note" nehmen." — Der Papst hat wieder einen Franzosen, nämlich einen Herrn de Mas Lastrie, zum Grafen erhoben. Außerdem erhielt eine große Anzahl von Anhängern des Vatikans päpstliche Orden. Unter den Dekorirten befinden sich auch mehrere katholische Journalisten.

IV. Jahresversammlung des Vereins für Sozial-Politik.

I.

(Fr.) **Eisenach**, 10. Oktober.

Von dem Vorsitzenden des ständigen Vereinsausschusses, Herrn Prof. Dr. Nasse (Bonn), wurde die Versammlung heute Mittags gegen 12½ Uhr in dem großen Saale der „Erholung" eröffnet. Es waren ca. 100 Personen anwesend; die Gallerien waren ziemlich besetzt. Im Auftrage des preußischen Handelsministeriums wohnte Herr Geh. Regierungs-Rath Lomann (Berlin) der Versammlung bei. Von sonstigen distinguirten Persönlichkeiten bemerkte ich die Herren Professoren, DDr. Schmoller (Straßburg i./E.), Held (Bonn), Schönberg (Tübingen), Birnbaum (Leipzig), Brentano (Breslau), Abgeordneter Sonnemann (Frankfurt a./M.), Geh. Regierungs-Rath. Prof. Dr. Hildebrandt (Jena), Prof. Dr. v. Scheel (Bern), Staatsminister a. D. Freiherr v. Roggenbach (Karlsruhe), Herr de Laralet (Lüttich), Dr. Rudolf Meyer (Berlin), Bankier Samter (Königsberg i./Pr.) u. A. m. Seitens des Verbandes der deutschen Gewerkvereine war Herr Tischler Liebau aus Berlin anwesend. In's Bureau wurden gewählt die Herren Professoren Dr. Nasse und Prof. Dr. Held (Bonn), Geh. Regierungs-Rath Prof. Dr. Hildebrandt (Jena) und Herr de Laralet (Lüttich).

Herr Professor Dr. Nasse theilte zunächst mit: der ständige Vereinsausschuß habe den des volkswirthschaftlichen Kongresses zur gegenwärtigen Versammlung eingeladen. Der Vorsitzende letzterwähnten Kongresses, Herr Justizrath Dr. Braun (Berlin) habe sich dem gegenwärtigen Kongresse mittelst eines freundlichen Schreibens bestens empfohlen und in diesem Schreiben bemerkt, daß die Gegensätze zwischen dem volkswirthschaftlichen Kongresse und dem deutschen „Verein für Sozial-Politik" nicht solch' schroffe seien, wie es anfänglich den Anschein hatte. Er (Dr. Braun) sei der Meinung, daß beide Richtungen sehr wohl friedlich neben einander gehen können und beide für die Hebung der wirthschaftlichen Verhältnisse zu wirken vermögen. (Bravo!) Ferner theilte der Vorsitzende mit: Es sei eine große Anzahl von Entschuldigungsschreiben von den Herren Dr. Löwe-Kalbe, Prof. Dr. Gneist, Duncker, Dr. Max Hirsch (Berlin), Sombart (Ermsleben) u. A. eingelaufen. Alsdann bemerkte Herr Prof. Dr. Nasse: Der Verein für Sozialpolitik sei vielen und vielseitigen Anfeindungen ausgesetzt. Man werfe demselben vor: Er gefährde den sozialen Frieden. Jedoch nur Unkenntniß der Verhältnisse, oder allzugroßer Optimismus, der insbesondere in den besitzenden Kreisen herrsche, (Rufe: Sehr wahr!) vermögen derartige Vorwürfe zu veranlassen. Man sage: die Ausbreitung der Sozialdemokratie sei blos das künstliche Werk gewissenloser Agitatoren und sowohl die wirthschaftliche Lage der Arbeiter, als auch die des Mittelstandes habe sich bedeutend verbessert. Er (Redner) wolle die Richtigkeit dieser Aeußerungen ununtersucht lassen; allein Thatsache sei es, daß der Klassengegensatz noch niemals so schroff hervorgetreten sei, als gegenwärtig (Rufe: Sehr wahr!) und daß die Unsittlichkeit, Rohheit, ja Mißachtung vor aller öffentlichen Ordnung und Gesetz noch niemals einen solch' grellen Charakter angenommen, als in der jetzigen Zeit (Rufe: Sehr wahr!) An dieser überhandnehmenden Unmoralität der unteren Klassen tragen jedoch wesentlich die besitzenden schuld. Die Art und Weise des neuesten Erwerbes von Reichthümern sei keineswegs geeignet, den unteren Klassen ein moralisches Beispiel zu geben. Es komme hinzu, daß all' dieser Reichthum lediglicher Privatbesitz, und in keiner Weise weder der allgemeinen Wissenschaft noch Kunst zu Gute komme, sondern ausschließlich zu selbstischen und damit zwecklosen Verhältnissen verwendet werde. Sowohl die Gesellschaft als auch die Regierungen haben noch sehr viel zur Abstellung dieser Uebelstände zu thun. Aufgabe des Vereins für Sozialpolitik, der sich keineswegs mit philosophischen Fragen oder Utopien beschäftige, sondern sich voll und ganz auf das praktische Gebiet begeben, sei es, Regierungen und Gesellschaft an diese ihre dringende Aufgabe zu

mahnen, und ihnen mit wohlgemeinten Rathschlägen voranzugehen. (Bravo!)

Nunmehr bemerkte Herr Prof. Dr. Nasse des Weiteren: die Herren DDr. Rudolf Meyer und Rodbertus (Letzterer ist bis zur Stunde noch nicht eingetroffen) haben bei dem ständigen Vereinsausschusse beantragt, folgende Proposition zur Debatte zu stellen: „der Kongreß wolle beschließen: In Erwägung, daß die jetzt herrschende wirthschaftliche Krisis handgreiflich sowohl an Intensivität als an Ausbreitung zunimmt, in Erwägung ferner, daß die bisher getroffenen, oder von anderen Seiten in Vorschlag gebrachten Maßregeln als Palliativmittel eine Besserung nicht in Aussicht stellen, in Erwägung drittens, daß bei der weiteren Behandlung der wirthsachaftlichen Krisis das Wohl und Interesse der Arbeiter nicht minder als das der Unternehmer ins Auge gefaßt werden muß, in Erwägung endlich, daß bei der gegenwärtigen Lage des Weltmarktes, sowie des heimischen Marktes eine fernere Zögerung unser Vaterland mit den ernstesten Gefahren bedroht, dem Herrn Reichskanzler das Ersuchen auszusprechen, der deutschen Industrie, sowie den bei derselben betheiligten Unternehmern und Arbeitern, sowohl nach Innen, wie nach Außen denjenigen Schutz zu gewähren, resp. zu verschaffen, welcher in Anerkennung des Werthes der Arbeit und der eigengearteten Stellung der deutschen Industrie als das alleinige Mittel erscheint, unsere in Frage gestellte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte und den sozialen Frieden auf dem heimischen Markte wieder zu gewinnen." Der ständige Ausschuß — so führte Herr Prof. Dr. Nasse aus — schlage der Versammlung vor, diesen proponirten Gegenstand, weil vollständig unvorbereitet, nicht in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Dr. Rudolf Meyer: Er wünsche, daß sein Antrag erst morgen oder übermorgen zur Verhandlung komme, indem ihm (Redner) bekannt sei, daß morgen die Versammlung eine viel zahlreichere sein würde und insbesondere viele seiner politischen Freunde aus Berlin anwesend sein werden.

Herr Prof. Dr. Brentano (Breslau) beantragte die Tagesordnung für alle drei Sitzungstage sogleich definitiv festzustellen. — Herr Dr. Rudolf Meyer: Seine Proposition sei von viel größerer Wichtigkeit als die Münzreform. Anlaß zu seinem Antrage habe ihm die bekannte Camphausen'sche Rede und der Beschluß auf dem jüngsten volkswirthschaftlichen Kongreß bezüglich des Schutzzolles gegeben. Ja, der Reichskanzler, Fürst Bismarck, habe jüngst dem Kaiser über den materiellen Inhalt des von ihm gestellten Antrages Vortrag gehalten und habe Se. Majestät bereits Befehl gegeben, in dem Sinne seines (des Redners) gestellten Antrages die nöthigen Schritte zu thun.

In einer sehr lebhaften Debatte, an der sich die Herren Professoren DDrr. Schmoller und Brentano, Dr. Gensel (Leipzig) u. A. betheiligten, sprachen sich alle Redner gegen das Verlangen des Herrn Dr. Meyer aus, „indem es weder dem bisherigen Verfahren, noch der Würde des Kongresses entspreche, einen solch' wichtigen Gegenstand urplötzlich und ohne jede Vorbereitung zu behandeln."

Herr Dr. Meyer bemerkte: Wenn man auch hier seinem Verlangen nicht stattgebe, von der öffentlichen Tagesordnung werde man seinen, in Gemeinschaft mit Dr. Rodbertus gestellten Antrag dennoch nicht abzusetzen vermögen. Er (Redner) habe allerdings geglaubt, eine Versammlung wie die gegenwärtige werde auch eine solche brennende Frage wie die gegenwärtige ohne Vorbereitung behandeln können. (Bewegung.)

Der Antrag des Herrn Prof. Dr. Brentano wurde schließlich akzeptirt und mit allen gegen 8 Stimmen beschlossen, lediglich die Steuerreform, das Lehrlingswesen und die Münzreform in gegenwärtiger Versammlung zu diskutiren, dagegen der Herren DrDr. Meyer und Rodbertus dem ständigen Vereinsausschusse zur Berücksichtigung zu überweisen, mit dem Auftrage möglichst bald eine außerordentliche General-Versammlung behufs Behandlung dieses proponirten Gegenstandes einzuberufen. Herr Dr. Rudolf Meyer verläßt nach diesem Beschlusse den Saal.

Es wurde alsdann zur Besprechung über die Steuerreform übergegangen. Der Referent, Handelskammer-Sekretär, Dr. Gensel (Leipzig) vertheidigte eine Anzahl von Thesen, in denen er insbesondere für die allgemeine Einkommensteuer nach dem Maßstabe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Steuerpflichtigen plaidirte. Jedes einzelne Individuum verdanke dem Staate eine unendlich große Anzahl von wohlthätigen, durchaus nothwendigen Einrichtungen und erheische es danach nicht nur die Gerechtigkeit, sondern auch das nothwendig wachzurufende Bewußtsein der allgemeinen Staatsangehörigkeit, jedes Individuum je nach seiner Leistungsfähigkeit zu besteuern. Allerdings müsse der Prozentsatz der Steuer nach unten zu abnehmen. Das Gesetz müsse mindestens auf den unteren Stufen Berücksichtigung derjenigen persönlichen Verhältnisse zulassen, welche, wie namentlich die Pflicht zur Unterhaltung einer zahlreichen Familie vorzugsweise geeignet seien, die Leistungsfähigkeit zu beschränken. Je leistungsfähiger das Individuum, desto mehr kommen ihm die Einrichtungen des Staates zu Gute. Allerdings wolle er (Redner) weder die indirekten, noch die Ertrags- resp. Gebäude- und Grundsteuer abgeschafft haben. Auch sei zur Ergänzung der Einkommensteuer eine Vermögenssteuer nothwendig. Das Einkommen des Schriftstellers, Künstlers, Handarbeiters 2c. sei beispielsweise ein wesentlich anderes, als das eines Kaufmanns, Industriellen 2c. Das Einkommen der ersten Kategorie höre mit der Stunde ihrer Erkrankung auf.

Der Korreferent, Herr Prof. Dr. Held (Bonn), pflichtete den Ausführungen, bez. gestellten Proponenden des Herrn Dr. Gensel bei, nur wendete sich Redner gegen den Grundsatz: die Einkommensteuer nach der individuellen Leistungsfähigkeit festzusetzen. — Herr Redakteur Niendorf (Berlin): Die Agrarier würden sich die Grund- und Gebäudesteuer schon gern gefallen lassen, wenn man nur auch eine Vermögenssteuer für das mobile Kapital mit obligatorischer Selbstabschätzung und für die arbeitenden Klassen 2c. eine Einkommensteuer einführen wolle. Wie man aber nach Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer, unter der man ja auch die Leistungsfähigkeit qualifiziren könne, die Grund- und Gebäudesteuer noch aufrechterhalten wolle, vermöge er (Redner) nicht zu fassen.

Herr Prof. Dr. Neumann (Freiburg i. Breisgau): Er erkläre sich für das Prinzip der Leistungsfähigkeit, man dürfe jedoch niemals den Grundsatz: „der Leistung Gegenleistung" aus dem Auge verlieren. Je nach Leistung, die der Staat dem Individuum erweise, müsse die individuelle Leistungsfähigkeit bemessen werden. Nur so könne eine gerechte Schranke bezüglich der Leistungsfähigkeit gefunden werden. — Herr Prof. Dr. Nasse (Bonn) äußerte sich im Sinne des Herrn Prof. Dr. Neumann. Der Begriff „Einkommen" sei ein sehr relativer Begriff und werde sich die Einkommensteuer selbstverständlich nicht so ohne Weiteres einführen lassen. Man werde zunächst Enqueten veranstalten und auf Grund dieser zahlreiche Detail-Bestimmungen treffen müssen. — Herr Prof. Dr. Bilinski (Lemberg): Er müsse zu bedenken geben, daß man bei der Einkommensteuer nicht Ausländer besteuern könne.

Frhr. Dal v. Köthen (Mainz): Er sei stolz, konservativer Agrarier zu sein. Sein Konservatismus bestehe darin: die Landwirthschaft zu konserviren. Er sei keineswegs für die Beseitigung der Grundsteuer, er verlange blos gleiche Vertheilung der Steuerlasten. Es sei aber Thatsache, daß der arbeitende Landwirth 10 pCt. und der Kapitalist, dessen Thätigkeit oft lediglich im Kupon Abschneiden bestehe, 2 pCt. Steuern zahle. Auch die konservativen Agrarier seien für den Freihandel, allein im Auslande werde der Handel mit deutsch-landwirthschaftlichen Produkten durch den dortigen Schutzzoll erschwert. Unerfaßlich sei es ihm, daß Professoren noch heute an den Ricardo'schen Grundsätzen bezüglich der Grundrente festhalten und zwar um deshalb, „weil die Grundrente ein altes historisches Herkommen sei." Man möge — abgesehen von der Absurdität dieses letzten Satzes — doch bedenken, daß der landwirthschaftliche Grundbesitz in Folge des Wetters täglich, ja stündlich der Veränderung unterworfen sei.

Die Herren Professor, Dr. Held (Bonn) und Dr. Gensel (Leipzig) bemerkten: Sie hätten nicht daran gedacht, die Ricardo'schen Theorieen hier aufzuwärmen. Ricardo bezweckte mit seinen Broschüren lediglich für Abschaffung der Kornzölle in England zu wirken. Die Wissenschaft habe mit diesen Theorien längst abgerechnet. Im Uebrigen sei das Wort „Grundrente" weder von einem der Redner noch in neu proponirten Thesen gebraucht worden. — Es wurden schließlich folgende Thesen zum Beschluß erhoben:

Die bisher noch in einer Mehrzahl deutscher Staaten bestehenden Ertragsteuern erweisen sich bei gesteigertem Bedarf als unzureichend. 2) Es empfiehlt sich daher eine in den unteren Stufen progressive allgemeine Einkommensteuer in Verbindung mit einer allgemeinen Vermögenssteuer zur hauptsächlichen direkten Steuer zu machen. 3) Bei jeder Steuerreform ist auf die geschichtlich gegebenen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Insbesondere ist da, wo die Grundsteuer seit langer Zeit in einer, die übrigen Ertragssteuern wesentlich übersteigenden Höhe bestanden hat, die einfache Ausübung dieses Unterschiedes unzulässig, weil sie ein ungerechtfertigtes Geschenk an die derzeitigen Besitzer auf Kosten der anderen Steuerzahler in sich schließen würde."

Auf Antrag des Herrn Professor Dr. Bilinski (Lemberg) wurde noch resolvirt: „Da die Leistung der direkten Staatssteuern mit dem Schicksale der indirekten Steuern und Kommunalbesteuerung eng zusammenhängt, so wird der Ausschuß beauftragt: diese Angelegenheit für die nächsten Versammlungen vorzubereiten." Damit endete die heutige Sitzung gegen 7 Uhr Abends.

Schlesisch-posensche Realschullehrerversammlung.

Breslau, 11. Oktober.

Auf Grund einer am 27. September erlassenen Einladung von breslauer Realschullehrern traten am 9 d. Morgens um 10¾ Uhr etwa 40 Realschul-Direktoren und Lehrer von den Realschulen in Breslau, Grünberg, Reichenbach, Tarnowitz, **Posen**, **Fraustadt**, **Bromberg**, **Rawitsch**, Freiburg, Striegau, Neisse, Landeshut und Görlitz zusammen, um, wie neulich bereits angekündigt, ihre Ansichten über die Realschulfrage kundzugen.

Nach Konstituirung des Bureaus und Verlesung der Mitgliederlisten trat die Versammlung in Berathung über folgende Sätze:

„In wesentlicher Uebereinstimmung mit den von der 5. Realschulmänner-Versammlung der westlichen Provinzen ausgesprochenen Ansichten erklären wir:

1) Die Realschule 1. Ordn. auf der ihr durch die Unterrichts- und Prüfungsordnung vom 6 Oktober 1859 gegebenen Grundlage ist ein berechtigtes und nothwendiges Glied in der Reihe unserer höheren Bildungs-Anstalten. Das Gymnasium kann neben gründlicher Durchbildung seiner Schüler in den klassischen Sprachen denselben nicht zugleich eine ausreichende Durchbildung auf mathematisch naturwissenschaftlichem Gebiete geben.

2) Die auf der Realschule 1. Ordnung gewonnene, allgemeine wissenschaftliche wie sittliche Bildung ist der auf dem Gymnasium erworbenen gleichwerthig.

Den Abiturienten der Realschule muß daher das Studium auf allen höheren Lehranstalten mit denselben Rechten wie den Gymnasial-Abiturienten gestattet sein, wie diesen das der Medizin, der Naturwissenschaften, des Berg-, Bau-, Hüttenfachs u. a. offen steht, obwohl sie keine für diese Fächer besonders geeignete Vorbildung erhalten haben.

3) Die Besorgniß, daß durch Vorbereitung der Studirenden auf zwei verschiedenen Anstalten eine Spaltung in die Kreise der aus den Universitäten hervorgegangenen Berufsgenossen kommen werde, halten wir für unbegründet. Die langjährigen Erfahrungen bei zahlreichen, aus beiderlei Anstalten hervorgegangenen Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Baumeistern, Berg- und Hüttenbeamten, Offizieren, niederen und höheren Staatsbeamten, lassen nichts von einer solchen Kluft erkennen.

Nicht in einer Uniformirung aller höheren Bildungsanstalten, sondern im Wetteifer von Gymnasien und Realschulen vermögen wir die Bürgschaft für eine kräftige Fortentwickelung unseres höheren Schulwesens zu erblicken.

4) Der Lehrplan der Realschule 1. Ordn. vom 6 Oktober 1859 hat sich im Allgemeinen als zweckmäßig erwiesen. Kein Unterrichtsgegenstand in demselben kann entbehrt werden; insbesondere ist das Latein wenigstens in der jetzigen Ausdehnung festzuhalten.

5) Die Spaltung der Realschule in mehrere Abtheilungen, wie sie auf der Versammlung deutscher Realschulmänner in Braunschweig gefordert wurde und nach den Oktober-Konferenzen im Kultusministerium gestattet sein soll, erscheint nicht zweckmäßig.

6) Obwohl die Realschulen noch mit inneren Mängeln zu kämpfen haben, so werden sich diese doch vermindern, je länger die Anstalten bestehen, in der Methode ihrer Unterrichtsfächer fortgeschritten sein werden, wenn ihre Existenz und ihre Berechtigungen gesichert sein und ihnen deshalb gleichbefähigte Schüler zugeführt werden, wie den Gymnasien.

Außerdem war von dem Lehrerkollegium der Realschule zu **Fraustadt** folgende These aufgestellt:

„Die Realschule 1. Ordnung hat dieselbe Aufgabe wie das Gymnasium, nämlich (Bonitz) durch Arbeit in den Elementen das Interesse für die verschiedenen Hauptrichtungen menschlichen Erkennens zu wecken und hierdurch einerseits sie zu der Fähigkeit zu entwickeln, jedes einzelne Wissensgebiet zum Fachstudium zu erwählen, andererseits zwischen den einzelnen Fachstudien das Band gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Achtung zu erhalten. Das durch diese Aufgabe gestellte Ziel wird gegenwärtig weder von dem Gymnasium noch von der Realschule 1. Ordnung erreicht. Durch unzulängliche Arbeit in den Elementen einiger Wissenschaften bleiben sie dahinter zurück; durch eine das Fachstudium, auf das sie doch nur vorbereiten sollen, beginnende Arbeit gehen sie darüber hinaus.

Es ist wünschenswerth, daß an beiden Arten dieser höheren Lehr Anstalten den verschiedenen Hauptrichtungen menschlichen Erkennens wieder eine gleichmäßigere Fürsorge gewidmet werde und daß ihre Lehrpläne demgemäß einerseits erweitert, andererseits von Allem, was zu einer über die Elemente hinausgehenden Arbeit Veranlassung geben kann, entlastet werden. Wenn dies ausgeführt würde, so würden Gymnasium und Realschule I. Ordnung wieder einander genähert werden, ohne doch ihren eigenthümlichen Charakter zu verlieren. Es würde dann möglich sein der Realschule I. Ordnung dieselben Berechtigungen zu gewähren, welche das Gymnasium besitzt."

Nach einer eingehenden Debatte über die Geschäftsordnung wurde auf Antrag des Direktor Dr. **Weck** aus Rawitsch beschlossen, sich zunächst auf die wichtigsten Punkte, Alinea 1. von Satz 1 und Satz 2 zu beschränken. Zu diesem Satze stellte Dr. Weck das Amendement, statt „auf der .... Grundlage" zu sagen, „mit den .... gestellten Zielen", indeß wurde von mehreren Seiten geltend gemacht, daß ein Rütteln an der gegebenen Grundlage seine großen Bedenken habe, und der Ausdruck „Ziele" undeutlich sei. Vereinzelt fand auch die Ansicht Vertretung, daß die Grundlage, welche die Unterrichtsordnung gelegt, eine völlig unzureichende sei. Mehrfach wurde die Fassung der Rheinischen Realschulmännerversammlung empfohlen, und schließlich der erste Satz in folgender Fassung angenommen: Die Realschule 1. Ordnung mit dem ihr durch die Unterrichts- und Prüfungsordnung vom 6. Oktober 1859 verliehenen Charakter ist ein berechtigtes und nothwendiges Glied in der Reihe unserer höheren Bildungsanstalten, und zwar die gesperrt gedruckten Worte einstimmig, die angeschlossenen Worte, welche sich an den Ausdruck der rheinischen Thesen anschließen, mit großer Majorität. Die zweite Hälfte des ersten Satzes kam nicht zur Berathung, da es nach der Ansicht der Versammlung nicht ihre Aufgabe sein konnte, die Reform der Gymnasien zu fordern. Bei dem zweiten Satz handelte es sich vorzüglich darum, ob man sich begnügen solle, die Gleichberechtigung der Realschulen mit den Gymnasien zu fordern, oder ob es sich empfehle, die in der These aufgestellte Spezialisirung beizubehalten. Ueber den Inhalt des Satzes herrscht keine Verschiedenheit der Ansichten. Gegen der Ausdruck „auf allen höhern Lehranstalten" wurde mit Recht geltend gemacht, daß derselbe nach dem gewöhnlichen Sinne die Universitäten nicht bezeichne, und der Ausdruck Hochschulen dafür empfohlen. Alinea 1. der zweiten These wurde darauf einstimmig angenommen. Alinea 2 in folgender Fassung: Den Abiturienten der Realschule muß daher das Studium auf allen Hochschulen mit denselben Rechten wie den Gymnastalabiturienten gestattet sein, wie diesen ja auch das der Medizin, der Naturwissenschaften, des Bau-, Berg- und Hüttenfachs u. a. offen steht, obwohl sie keine für diese Fächer besonders geeignete Vorbildung erhalten haben.

Von Berathung der Thesen 3 und 4 wurde abgesehen. Dagegen erhob sich eine lebhafte Debatte darüber, ob es zweckmäßig sei, die Thesen 5 und 6 zu berathen, oder auch sie von der Tagesordnung abzusetzen, um die Bedeutung der anderen Beschlüsse nicht abzuschwächen. In Anbetracht, daß die 5. These die innere Organisation der Realschulen betrifft, wurde dieselbe mit großer Majorität von der Tagesordnung abgesetzt.

These 6 wurde vom Oberlehrer **Beyer** aus Rawitsch kurz zur Annahme empfohlen, weil es nothwendig sei, die von den Gegnern der Realschulen häufig behaupteten Mängel der Realschule zwar einzugestehen, aber auch gleichzeitig auf die Gründe derselben hinzuweisen. Direktor Fritsche aus Grünberg erklärte sich gegen die Annahme der These, die überflüssig und inopportun sei, auch Direktor Wossidlo aus Tarnowitz hielt es für bedenklich, die Mängel der Realschule gar zu stark zu betonen, während von verschiedenen anderen Rednern, namentlich Oberlehrer Görres aus Brandenburg geltend gemacht wurde, daß die Realschulmänner die ihren Schulen anhaftenden Mängel sehr wohl eingestehen könnten, ohne denselben zu schaden, wenn sie nur gleichzeitig den Grund angeben, woher diese Mängel rühren. Namentlich den bekannten Universitätsgutachten gegenüber sei es nothwendig, eine solche These anzunehmen.

Ein Theil der Redner hielt es für ausreichend, in den ersten Satz noch den Ausdruck „entwickelungsfähiges" aufzunehmen, doch wurde dieser Vorschlag abgelehnt und die sechste These in folgender von Dr. **Blau** aus Görlitz vorgeschlagenen Fassung angenommen:

„Die jetzt den Realschulen gemachten Vorwürfe werden im Wesentlichen hinfällig, sobald Existenz und Berechtigungen der Realschüler gesichert sind und ihnen infolge dessen gleich befähigte Schüler zugeführt werden, wie den Gymnasien."

Damit war der erste Theil der Tagesordnung erledigt, und die Versammlung ging nun zur Besprechung der Mittel zur Förderung der Realschulsache über.

Der Vorsitzende, Oberlehrer **Schmidt** aus Breslau, verlas die Vorschläge des Komite's, welche im Wesentlichen **darauf** hinauslaufen, daß jeder Theilnehmer der Versammlung in der Lokalpresse für die Gleichberechtigung der Realschulen thätig sein und ein Ausschuß zur weiteren Betreibung der Angelegenheit gewählt werden soll.

Dem Ausschuß wurde anempfohlen, in den an den Landtag zu bringenden Beschwerden auf einige neuere Vorkommnisse hinzuweisen, welche die ungerechtfertigte Zurücksetzung der ehemaligen Realschulabiturienten in eklatanter Weise beweisen. Einem früheren Schüler der Realschule I Ordnung in Görlitz, Dr. Schumann, einem tüchtigen Bonatiker und Assistenten im hiesigen botanischen Garten, ist die Erlaubniß, sich an der hiesigen Universität zu habilitiren, verweigert worden, weil er nicht an einem Gymnasium das Abiturientenexamen absolvirt hat. Dr. Fiedler aus Breslau konstatirte, nachdem er einen ähnlichen Fall angeführt, daß ein nicht geringer Theil der Gymnasial-Abiturienten den größten Theil seiner Bildung auf Realschulen erworben hat.

Die Abfassung einer, auch durch den Buchhandel zu vertreibenden Denkschrift, welche vorzugsweise statistisches Material enthalten soll, wurde beschlossen. Dieselbe soll den Abgeordneten der Provinzen und den Magistraten der betheiligten Städte zugehen. Auch eine Petition soll dem Ministerium und dem Landtag übersandt werden.

Zu Vertrauensmännern behufs Führung der Geschäfte wurden gewählt: Direktor Dr. Wossidlo aus Tarnowitz, Oberlehrer Schmidt, Dr. Stenzel aus Breslau, Dr. Blau aus Görlitz, Direkt. Dr. **Weck** aus Rawicz, Direktor Fritsche aus Grünberg, Oberlehrer **Beyer** aus Rawicz. (Bresl. Ztg.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 12 Oktober.

— Das hiesige Kreisgericht hat gestern über **die Provinzial-Wechsler- und Diskontobank** den **Konkurs** eröffnet.

r. **Der Missionsverein** der Stadt Posen feierte Sonntag Abends in der Kreuzkirche sein Jahresfest. Die Liturgie, an welche sich ein von dem Kirchenchor ausgeführter Chorgesang anschloß, hielt Pastor Zehn, die Predigt der Konsistorialrath Lange aus Breslau, während Pastor Engelmann aus Fraustadt in seiner Ansprache eine Anzahl von geschichtlichen Thatsachen aus der Mission mittheilte. Die Feier schloß mit einem vom Konsistorialrath Reichard gesprochenen Gebete. Sowohl die Mitglieder der Kreuzkirchen- als auch die der anderen evangelischen Gemeinden hatten sich sehr zahlreich eingefunden, so daß eine große Festversammlung die weiten Räume der hell erleuchteten Kirche füllten.

r. **Die Barmherzigen Schwestern** in Schroda sind am 8. d. M. durch den Stellvertreter des Landraths, Regierungsassessor Rabe, persönlich benachrichtigt worden, daß die kgl. Regierung ihnen gestattet habe, weiter zu bleiben, daß jedoch die Kleinkinderbewahranstalt, welche unter der Leitung der Barmherzigen Schwestern steht, aufgehoben werde.

r. **Der Geistliche Marszewski**, Neopresbyter in der kulmer Diözese, ist am 1 Oktober d. J. behufs Ableistung des einjährigen Dienstes zum Militär eingezogen worden.

r. **Im braunsberger katholischen Lehrerseminar** fand vor Kurzem unter Vorsitz des evangelischen Schulraths Gawlik die Wiederholungsprüfung statt, bei der in der Religion der altkatholische Geistliche Treibel examinirte. Das veranlaßte den bischöflichen Kommissarius, Dekan Austen, welcher gleichfalls der Prüfung beiwohnte, aufzustehen und sich zu entfernen.

r. **Freisprechung**. Den Redakteur des in Kulm erscheinenden „Przyjaciel Ludu", Herr Suffczynski, hat, wie der „Pielgrzym" mittheilt, das Appellationsgericht in Marienwerder freigesprochen und das Urtheil erster Instanz aufgehoben, welches ihn wegen Veröffentlichung der Rede des Reichstags-Abgeordneten v. Niegolewski zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilte, ebenso den Verleger Tomaszewski, welcher zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt war.

r. **Polnische Volksversammlungen.** Gestern haben in **Wreschen** und **Mogilno** polnisch-katholische Volksversammlungen stattgefunden. In der Versammlung zu Wreschen führte Graf Ed. Poninski den Vorsitz. Zunächst sprach der Geistliche Dr. Stablewski über die Kirchengesetze und über die bevorstehenden Wahlen der Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen, alsdann Julian von Bukowiecki aus Sendziwojewo über Volksbildung, wobei er besonders der Zeitungsredakteure, der „Meister der Zeitungen" gedachte, welche sich für das Volk weihen, und für politische Artikel oft hinter Gefängnißgittern büßen müssen, und die Zuhörer zum fleißigen Zeitungslesen, sowie zum Beitritt zu dem Volkbildungsverein auffordert. In ähnlicher Weise verlief die Versammlung in **Mogilno**, wo der Geistliche Sieg aus Orchowo, und 2 Weltliche sprachen, und 5 Resolutionen angenommen wurden; auch beschloß die Versammlung, an den Papst und an den Kardinal Ledochowski Adressen zu richten. — In **Gnesen** wird Ende d. M. der Abgeordnete des Wahlkreises Gnesen-Wongrowitz, Dr. Choslowski, einer Wählerversammlung Bericht über die Thätigkeit der polnischen Fraktion im deutschen Parlament erstatten.

r. **Der Gutsbesitzer J. N. Budzynski** zu Kleryka (Kreis Gnesen), welcher am 9. d. M. gestorben ist, hatte den Insurrektionsfeldzug von 1831 mitgemacht und war, wie der „Kuryer Pozn." mittheilt, ein eifriger Patriot und einer der thätigsten Bürger in nationalen Angelegenheiten. Viele Jahre ist derselbe Abgeordneter des 3. Standes des Wahlkreises Gnesen-Inowrazlaw Mogilno im Provinziallandtage gewesen.

r. **Verkäufe**. Das Rittergut **Lussowo** im Kr. Posen, welches einen Flächeninhalt von 2816 Morgen hat und bisher dem Rittergutsbesitzer Boas gehörte, ist für 675000 M. an Hrn. Steinfeld aus

Berlin verkauft worden. — Das Rittergut **Lenartowo** im Kr. Inowrazlaw hat bei der öffentlichen Lizitation Hr. v. Chlapowski für 270000 Mark gekauft.

△ **Aus der Provinz**, 10. Oktober. [Eine Reaktion eigenthümlicher Art] wird neuerdings in Lehrerkreisen bemerkbar. Seit Jahrzehnten hat die Mehrzahl der freisinnigen Lehrer, namentlich der Elementarlehrer für die Beseitigung der geistlichen Schulinspektion und die Erhebung der Volksschule zur reinen Staatsanstalt geschwärmt und dieselbe mit allen zulässigen Mitteln zu erreichen gestrebt. Seit geraumer Zeit wird aber mehr und mehr eine Gegenströmung bemerkbar, die nicht allein privatim, d. h. im vertraulichen kollegialischen Verkehr, sondern auch in öffentlichen Lehrerversammlungen, Schul- und Lehrerzeitungen ganz offen zum Ausdruck gelangt. Diese Aenderung der Anschauung in Lehrerkreisen muß seine tieferen Gründe haben. Zunächst ist das Verhalten der Geistlichen, so weit dieselben noch als Lokal- und Kreisschulinspektoren fungiren, gegen die ihnen unterstellten Lehrer ganz anders geworden, seitdem die Möglichkeit immer näher gerückt ist, daß sie sammt und sonders ihres Amtes als Schulinspektoren enthoben werden könnten. Ihren Einfluß auf die Schulen und Lehrer gänzlich zu verlieren, dünkt Vielen im Interesse der Kirche und ihres geistlichen Amtes doch ein zu großer Verlust, als daß sie nicht Alles aufbieten sollten, um zwischen sich und den Lehrern ein möglichst erträgliches Verhältniß herzustellen und dadurch wo möglich ihren ferneren Einfluß auf die Schulen zu wahren. Daher thun sie zur Zeit alles Mögliche, um die Lehrer in eine bessere Stimmung gegen die Geistlichen zu bringen und ihnen das geistliche Joch vulgo Aufsichtsrecht möglichst leicht und angenehm erscheinen zu lassen. Zum Theil ist dies auch bereits gelungen und eine nicht geringe Anzahl von Lehrern ist nach und nach zu der Ansicht bekehrt worden, daß „unterm Krummstab gut wohnen" und die geistliche Schulaufsicht nicht so schlecht ist, als man sie bisher angesehen hat. Die Geistlichen, namentlich die evangelischen, und auch manche katholische, haben sich in den letzten Jahren mit weit größerer Sorgfalt und Fürsprache ihrer Schulen und Lehrer angenommen, als früher, so daß der angedeutete Umschwung in der Stimmung und Ansicht der Lehrer schon dieserhalb nicht ganz unbegründet erscheint. Noch mehr aber hat das Verhalten einzelner weltlicher resp. k. Kreisschulinspektoren dazu beigetragen, diese neue Institution der Schulaufsicht bei den Lehrern und Gemeinden in Schatten zu stellen. Ein schroffes und event. ungerechtes Auftreten gegen die Lehrer, sowie eine zu eilfertige und hastige bezw. streng durchgeführte Reform der inneren und äußeren Schulverhältnisse mußte eine gewisse Enttäuschung herbeiführen und die Lehrer allmählig veranlassen, Vergleiche anzustellen, wobei die Vergangenheit oft schöner als die Gegenwart erscheint, weil man aus jener mehr die angenehmen Seiten, aus der Gegenwart mehr die noch nicht überwundenen Unvollkommenheiten in Betracht zieht. Die Folge davon war, daß gewisse Mißstimmung einzog, die für die weitere Schulreform von großem Einfluß und event. verhängnißvoll werden kann. Schon mehren sich die öffentlichen Stimmen aus Lehrerkreisen in Vereinen, Zeitschriften und Versammlungen, welche verschiedene Bedenken gegen die Staatsschule und die im Werden begriffene weltliche Schulaufsicht offen aussprechen, dagegen die Konservirung der bisherigen Verhältnisse so viel als möglich in einem günstigen Lichte darstellen. Auf diese Weise kann leicht eine Verzögerung oder eine gänzliche Aufschiebung der begonnenen Reform veranlaßt werden. Bei näherer Betrachtung hat allerdings die geistliche Schulaufsicht, namentlich auf dem Lande, manches für sich, und sie bietet den Lehrern und Gemeinden manche Bequemlichkeit, die mit ihrer Aufhebung wegfällt und bezw. von der weltlichen Schulinspektion nicht geboten werden kann z. B. in Bezug auf Berichte, Verhandlungen, Besprechungen 2c. Doch dürfte sich auch die weltliche Schulaufsicht so einrichten lassen, daß jede unnöthige Weiterung bei Verhandlungen 2c. in Wegfall käme.

□ **Ostrowo**, 10. Oktober. [Verunglückt. Bahn Posen-Kreuzburg.] Der 34 Jahre alte Bremser August **Schrader** von hier, der am 30. v. M. Abends 8 Uhr zwischen hier und Przygodzice verunglückte, indem er von seinem Sitze auf dem Wagen eines Arbeitszuges herabfiel und neben einer schweren Körperverletzung auch eine Zerschmetterung des linken Armes davontrug, ist am 7. Abends im hiesigen Kreislazareth verstorben. — Die Bahn soll höherer Anordnung zufolge bis zum 1. November zur Uebergabe fertig sein, der Bau ist zwischen Schildberg und Kempen bis jetzt noch am meisten zurück. Auf der Strecke von der pleschener bis zur schildberger Kreisgrenze wird man ums Ende der laufenden Woche bereits fertig sein.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Berlin**, 11. Oktober. Wochen-Uebersicht der Preuß. Bank vom 7. Oktober.

Aktiva.

1) Metallbest. (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mk. berechnet	Mk.	447.600.000	Abn.	7.983,000
2) Bestand an Reichskassenscheinen	„	2,138,000	Zun.	106,000
3) Bestand an Noten anderer Banken	„	4,406,000	Abn.	4.472,000
4) Bestand an Wechseln	„	439 215,000	Abn.	6 947,000
5) Bestand an Lombardforderungen	„	50,761,000	Abn.	2,865 000
6) Bestand an Effekten	„	34,000	Abn.	6.000
7) Bestand an sonstigen Aktiven	„	38,215,000	Abn.	2,185000

Passiva.

8) das Grundkapital	„	65,720,000	unverändert.	
9) der Reservefonds	„	18 000,000	unverändert.	
10) der Betrag der umlaufenden Noten	„	723,337,000	Abn.	12,135,000
11) die sonstigen tägl. fäll. Verbindlichkeiten	„	18,446,000	Abn.	13,704,000
12) die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten	„	110 194,000	Zun.	201,000
13) die sonstigen Passiva	„	34,136,000	Zun.	539,000

4 **Guben**, 11. Oktober. In der heutigen Generalversammlung der Aktionaire der **Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft** wurde folgender Nachtrag zum § 23 Nr. 3 litt c. des Statuts mit 1254 gegen 15 Stimmen beschlossen:

„Diese Nachzahlungen sollen indessen nur, nachdem vorerst den Inhabern der Stamm-Prioritäts-Aktien für das laufende Betriebsjahr 5 pCt. des Nominal-Betrages ihrer Aktien aus dem Reinertrage gewährt sind und sodann mit der Maßgabe, daß unter den dergestalt zur Bezahlung gelangenden Dividendenscheinen früherer Betriebsjahre die älteren Dividendenscheine ein Vorzugsrecht vor den jüngeren genießen, erfolgen."

** **Grünberg**, 10. Oktober. Die Möglichkeit einer **Wiederaufhebung** des über die **Schlesische Tuchfabrik** verhängten **Konkurses** ist inzwischen geschwunden. Das k. Kreisgericht hat, wie vorausgesehen, den drei Tage nach Eintritt der Katastrophe von Seiten der sächsischen Kreditbank eintreffenden Antrag auf Zurücknahme der Konkurs-Eröffnung als ohne jede rechtliche Wirkung unberücksichtigt lassen müssen. Wenige Gläubiger sind sich klar, daß ein Konkurs leicht herbeigeführt aber schwer wieder beseitigt ist. Im gegebenen Falle scheint indessen die Uebereilung weniger auf Rechnung der Antragstellerin zu setzen, als, wie früher schon angedeutet auf ein Zusammentreffen bedauerlicher Mißverständnisse zurückzuführen zu sein. Schon am Tage der Konkurseröffnung nämlich, doch immerhin zu spät, ging von Rechts-Anwalt Bellier eine Modifikation seines Antrages ein, aus welcher, zusammengehalten mit den Motiven des Zurücknahmeantrages vom 5. Oktober, erhellt, daß eine Verabredung zwischen dem Chemnitzer Gläubiger und der sächsischen Kreditbank bestand, wonach der Konkursantrag gestellt werden sollte, wenn auch andere Gläubiger ihm beitreten. Der Antrag ist indessen ausschließlich von der sächsischen Kreditbank gestellt worden. Wie dem nun auch sei, das Unglück ist geschehen und die Lehre, künftig bestimmter in Instruktionen und überlegter bei Stellung von Konkursanträgen zu sein, kommt der schlesischen Tuchfabrik nicht mehr zu statten. Der Termin, bis wohin eine Anfechtung des Konkurses möglich wäre, der 12 Oktb., ist nahe vor der Thür; die nothwendige Uebereinstimmung aller Gläubiger aber ist nicht vorhanden und trotz aller Anstrengen nicht zu erlangen gewesen. Es widerstreben dem Vernehmen nach 4 saganer Fabrikanten, — wahrscheinlich in der Annahme, daß es auf ihre Zustimmung nicht ankomme, oder in der Hoffnung, Konzessionen zu erlangen, die im gegenwärtigen Augenblick Niemand ihnen bieten kann, — zwei Wollhändler in Verviers, die Dampf- und Spinnereimaschinenfabrik vorm. Wiede in Chemnitz und der barmer Bankverein. Da die Zustimmung aller Gläubiger absolutes Erforderniß für die Möglichkeit einer Anfechtung ist, so muß unter den Umständen der Versuch sogar unterbleiben. Der Konkurs wird also seinen Fortgang nehmen. Das grünber Kreisblatt schreibt hierzu: „Grünberg wird sich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß etwa in Jahr und Tag die Etablissements unter den Hammer kommen und vom Nachfolger im Besitze so billig erworben werden, daß derselbe gute Geschäfte machen wird, was indirekt dem Platz wieder zu Gute kommen wird. Das ist in der That der einzige Trost, der den Grünbergern bleibt. Ueber die Aussichten der Masse für die Gläubiger können weitere Mittheilungen erst nach Aufstellung der gerichtlichen Bilanz erfolgen.

Vermischtes.

* **Zum Brande des „Kaiserhofes"** in Berlin wird weiter gemeldet: Der Telegraphist der Feuerwehr-Station an der Mauerstraße sah aus seinem Fenster kurz vor 10½ Uhr Morgens plötzlich eine riesige Flamme aus dem Dache des Kaiserhofes emporschießen; er telegraphirte sofort „Groß Feuer", ehe überhaupt noch irgend eine Anzeige des Feuers bei der Feuerwehr eingegangen war. Die ersten Spritzen und sämmtliche Mannschaften entsandte natürlich auch diese Station. Gegen 11 Uhr stand das ganze Dach in hellen Flammen, glühende Zinkströme herabsendend, welche nicht allein den Brand im Innern förderten, sondern auch das Annähern an das Hotel selbst lebensgefährlich machten. Die Flammen, die das Innere des kolossalen Gebäudes ergriffen, wütheten hauptsächlich dann im Mittelbau, der im südlichen Theile auch fast gänzlich ausgebrannt und so beschädigt ist, daß das Mauerwerk selbst neu hergestellt werden muß. Der vierte Stock ist gänzlich vernichtet, der dritte und zweite Stock stark beschädigt worden. Die vorzügliche Ventilation des Gebäudes erwies sich als eine der bedenklichsten Feuerleitungen. Durch die Luftschachte schlug die Flamme in die unteren Etagen hindurch, wo sie nur allzu reichliche Nahrung fand. Jetzt begann ein hastiges Rettungswerk in den oberen Etagen Matratzen, Betten, Kissen, Wäsche, Teppiche, Gardinen u. s. w. flogen durch die Fenster auf die Straßen hinab, und unten beschäftigen sich die Stubenmädchen, Hausknechte, Kellner und Köche des Hotels in den merkwürdigsten Toiletten mit der Bergung der geretteten Sachen, die in den Remisen des Prinzen Karl und einigen benachbarten Privatlokalen vorläufig Unterkunft fanden. Die Gäste des Hotels verließen dasselbe in eiliger Flucht, oft in dem abenteuerlichsten Aufzuge. — Gegen 12 Uhr standen schon fast sämmtliche Zimmer der vierten Etage sowie der ganze Mittelbau, vornehmlich die südliche Seite desselben in hellen Flammen. Der hochelegante Speisesaal, die elegante Halle vor demselben sind total verwüstet. In den Speisesaal, in welchem zu einem großen Diner gedeckt war, drang die Flamme durch die den Ventilationsschacht verdeckende Deckenrosette, an dem Deckengetäfel entlang leckend und sich dann den prächtigen Wänden mittheilend. Plötzlich sprang das Feuer auf die Tafeln über, bis endlich der große Kronleuchter herniederstürzte, und die Tafel unter sich begrub. Die Hitze schmolz alsbald die Bleifassung des Glasdaches der Halle und klirrend bedeckten die großen Glasplatten den Boden. Die Feuerwehr zeigte sich auch dieser Riesenaufgabe gewachsen, Schritt für Schritt, aber nur mit der riesigsten Anstrengung durch die glücklicherweise nicht allzu stark konstruirten Wände hindurch drang sie dem entfesselten Elemente den Boden ab. Gegen 1 Uhr waren die Kräfte der Spritzenleute derartig erschöpft, daß die gern gewährte Hilfe des nach vielen Tausenden versammelten Publikums in Anspruch genommen werden mußte. Der um Sukkurs angegangene Kommandant von Berlin ließ unverzüglich das zweite Garde-Regiment allarmiren, daß um 1½ Uhr feldmarschmäßig anrückte, auf dem Zietenplatze ein Bivouak etablirte, die Gewehre zusammensetzte und an die Spritzen trat. Um 4 Uhr wurden die Leute vom Garde-Füsilier-Regiment abgelöst, das ohne Armatur und in Mützen einrückte. Um 8 Uhr übernahm ein anderes Regiment den Dienst. Erst nach 11 Uhr Nachts bemeisterte die Feuerwehr den Brand vollständig, aber die Mehrzahl der Spritzen konnte erst in der vierten Morgenstunde die Bandstätte verlassen, und noch am Montag Vormittag waren 3 Spritzen aktiv, da die Flammen überall wieder aufflackern. Glücklicherweise bestätigen sich die gestern Abend in der Stadt verbreiteten Gerüchte von vielfachen Verletzungen der Rettungsmannschaften nicht; aus sicherer Quelle verlautet, daß in Folge des Qualmes und der Hitze etwa 12 Feuerleute augenkrank geworden, glücklicher Weise aber nicht gefährlich.

Bei dem Brande war außer dem Polizei-Präsidenten v. Madai auch der Minister des Innern, Graf Eulenburg zur Stelle. — An den **Kaiser** wurde durch den Polizei-Präsidenten sofort nach Baden-Baden telegraphisch das Feuer gemeldet; der Kaiser erbat sich genauen telegr. Bericht über die verschiedenen Stadien des Feuers. Es wurde in Folge dessen zu drei verschiedenen Malen nach Baden-Baden telegraphischer Bericht erstattet. Eine Beschädigung von Personen und fremdem Eigenthum ist nicht vorgekommen. Das Hotel muß vorerst vollständig geschlossen werden; die sofort angeordneten Wiederherstellungsarbeiten werden indessen eine baldige Wiedereröffnung möglich machen. Von Seiten der „Union", Allgemeine Versicherungs-Aktien Gesellschaft zu Berlin, geht der „N. Z." ein Zirkular zu, in welchem über das Versicherungsverhältniß des „Kaiserhof" Aufschluß gegeben wird. Es waren danach die Gebäude als „Rohbau" bei der „Union" mit 2250000 Mark versichert, sind aber gegen Ende September c. in die obligatorische berliner Stadt-Feuersozietät aufgenommen worden. Das Mobiliar und überhaupt die ganze innere Einrichtung ist ebenfalls bei der „Union" zu Berlin mit zirka 500000 Mark versichert, wovon dieselbe etwa ⅙ für eigene Rechnung verwalten und ⅚ rückgedeckt hat. Der Schaden wird nach Ansicht des Vorstandes der „Union" den Satz von 25 Prozent an Mobilien nicht übersteigen, so daß die „Union" etwa 20—24000 Mark Schadenersatz zu leisten hätte.

Telegraphische Nachrichten.

Weimar, 11. Oktober. Wie die „Weimarsche Zeitung" meldet, hat sich die Prinzessin Marie, älteste Tochter des Großherzogs, mit dem deutschen Botschafter in Petersburg, Prinz Heinrich VII. Reuß, verlobt.

Eisenach, 11. Oktober. In der heutigen Vormittagssitzung des Vereins für Sozialpolitik fanden zunächst die Ergänzungswahlen für den Ausschuß statt; hierauf wurden die Referate über das Lehrlingswesen erstattet, denen eingehende Berichte von Dr. v. Plener (Wien) und Dr. v. Scheel (Bern) über die österreichisch-ungarische und schweizerische Gewerbegesetzgebung vorausgingen. Nach einer eingehenden und vielseitigen Beleuchtung des Gegenstandes durch verschiedene Redner wurde die heutige Sitzung Nachmittags 4 Uhr aufgehoben und zugleich noch eine Abendsitzung für heute anberaumt. Während der Debatte hatte Bücher (Frankfurt) einen Antrag eingebracht betreffend die bessere Vorbildung der Lehrlinge durch eine einschneidende Reform der Volksschule, durch Erhöhung der Lehrziele und durch Ausdehnung der Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahre. Redakteur Gelsen aus Berlin hatte einen Antrag eingebracht, dahin gehend, der Kongreß möge die Aufhebung des Prinzips des „Laissez faire" und die zwangsweise Einführung neuer Gewerke beschließen.

München, 11. Oktober. Die Gemahlin des Prinzen Ludwig, Erzherzogin Maria Theresia, ist gestern in Schloß Leustädten von einem Prinzen entbunden worden.

Wien, 11. Oktbr. Wie die „Montagsrevue" aus zuverlässiger Quelle meldet, hat das österreichische Ministerium die beiden Memoranda der ungarischen Regierung über die Bankfrage und über die Verzehrungssteuer schon vor einiger Zeit in entschieden ablehnendem Sinne beantwortet. Der österreichische Finanzminister bezeichnete die Regelung der Valuta als die Vorbedingung jeder Lösung der Bankfrage. Bezüglich der Verzehrungssteuer bemerkte der Minister, daß die gegenwärtige Art der Verrechnung eine der Bedingungen gewesen sei, unter denen die zisleithanische Reichshälfte die Quote von 70 pCt. auf sich genommen habe. — Demselben Blatte zufolge betraf die Reise des Handelsministers v. Chlumecky nach Pest hauptsächlich die Angelegenheit der Trennung des Südbahnnetzes und die Erörterung der Frage, ob Ungarn gleichwie Oesterreich geneigt wäre, in die Ueberlassung der außerösterreichischen Linien an einen eventuellen Käufer zu willigen. Die stattgehabten Verhandlungen ergaben ein völliges Einverständniß. Die Frage des Verkaufes des ungarischen Theiles der Südbahn ist einer Separatverhandlung vorbehalten worden. — Die Anglobank löste bisher den Oktobercoupon der türkischen Loose voll ein. — Der Kaiser von Oesterreich hat den Oberzeremonienmeister Grafen Hunyady als besonderen Vertreter zu der Vermählungsfeier des Fürsten Milan von Serbien nach Belgrad entsendet.

Paris, 11. Oktober. Wie das „Journal des Débats" meldet, beschloß die Regierung kraft des seiner Zeit von der Assemblée votirten Gesetzes zur Bildung der Territorialarmee zu schreiten. Darin inbegriffen sind sämmtliche wehrfähige, vom Jahre 1835—1846 geborene Männer (ungefähr 1200000 Mann). Die Territorial-Armee wird in 145 Infanterie-Regimenter eingetheilt, deren Cadres selbst in Friedenszeiten komplett sein müssen. (H. T.-B.)

Madrid, 10. Oktober. Der Staatsprokurator wird die Untersuchungsakten gegen den eines Mordes bezichtigen Bischof von Urgel nebst seinen darauf bezüglichen Anträgen dem höchsten Gerichtshofe demnächst überreichen.

Konstantinopel, 10. Oktober. Der Finanzminister hat in Betreff der künftigen Einlösung der Coupons der türkischen Staatsschuld durch den Börsenpräsidenten eine offizielle erläuternde Note an der Börse zum öffentlichen Anschlag bringen lassen, welche also lautet:

Da die Erklärung der Pforte vom 6 d. mit der dieselbe begleitenden aufklärenden an der Börse nur einigen Kapitalisten und Bankhäusern bekannt gegeben worden ist, erklärt die kaiserliche Regierung zur Vermeidung jeder künftigen Zweideutigkeit und in der Absicht, ein für alle Mal bestimmte, endgiltige Erläuterungen abzugeben, Folgendes:

1) Vom 6. Oktober d. J. angefangen, werden die Zinsen und die Amortisirung der inneren und äußeren Staatsschuld für die Dauer von 5 Jahren auf die Hälfte reduzirt.

2) Die Bezahlung der Coupons erfolgt in der Weise, daß die eine Hälfte baar, die andere Hälfte in Schuldtiteln, welche 5 pCt. Zinsen tragen, bezahlt wird. Die 5prozentigen Zinsen auf die neuen Schuldtitel werden gleichzeitig mit der ersten Hälfte der Coupons an den Verfalltagen baar bezahlt.

3) Die Garantien für die unverkürzte Baarbezahlung der ersten Kuponhälfte, sowie der obgedachten fünfprozentigen Zinsen auf die neuen Schuldtitel bestehen in den gesammten Zolleinkünften, in den Einnahmen für Tabak und Salz, sowie in dem von Egypten zu zahlenden Tribut. Sollten diese Garantien ungenügend sein, so werden dieselben noch durch die Hammelsteuer ergänzt werden.

4) Sollte nach Ablauf obgedachter 5 Jahre die in ein 5 pCt. Zinsen tragendes Kapital umgewandelte Kuponhälfte nicht zurückgezahlt worden sein, so soll eine neue Fristverlängerung bis zur demnächstigen vollständigen Tilgung der inneren Schuld Platz greifen, deren Garantien mit diesem Zeitpunkte wieder frei werden und die dann zur vollständigen Rückzahlung der gedachten fünfprozentigen Zinsen und der Amortisation verwendet werden sollen.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 11. Okt. Getreide-Börse. Wetter: klare aber kalte Luft. Wind: SW.

Weizen loko fand am heutigen Markte etwas bessere Kauflust und sind zu Sonnabendspreisen 700 Tonnen, darunter 50 Tonnen alt, verkauft worden. Bezahlt ist für Sommer- 123 Pfd. 182 M., 129—133 Pfd. 187, 188 M., Hinterweizen 122 Pfd. 165, 180 M., glasig 125/6 Pfd. 193 M., bunt 129 Pfd. 197½ M., 132 Pfd. 200 M., hellbunt 129 Pfd. 203 M., 130/1 Pfd. 205, 207½ M., hochbunt und glasig 129 Pfd. 132 M., 132 3 Pfd. 209, 210, 212, 213, 215 M., 134/5 Pfd. 216 M., blauspitzig 132 Pfd. — M., dunkelbunt 131 Pfd. — M., hell 123 Pfd. — M., alt bunt 128 Pfd. — M., hellbunt 132 Pfd. — M., alt hellbunt 128, 132/3 Pfd. 215, 218 M. per Tonne. Termine nicht gehandelt. Okt. 202 M. Gd., Oktb.-Nov. 201 M. Gd., April-Mai 217 M. Br., 215 M. Gd., Regulirungspreis 201 M. Gekündigt — Tonnen.

Roggen loko unverändert, 120 Pfd. 151 M., 125 Pfd. 154, 155 M., 127 Pfd. — M. alter 124 Pfd. 151 M. per Tonne bezahlt. Umsatz 40 Tonnen. Termine geschäftslos, Okt. 139 M. Br., April-Mai 155 M. Br., 150 M. Gd. Regulirungspreis 140 M. — Erbsen loko Koch- — M. Gerste loko flau und zu unbekannt gebliebenem Preise verkauft. Bohnen loko brachten 178 M. per Tonne. — Rübsen loco nicht verkauft. — Wicken loko mit — M., Termine Okt.-Nov. 290 M. Br. Regulirungspreis 285 M. — Gekündigt 125 Tonnen. Spiritus nicht zugeführt.

Breslau, 11. Oktober, Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Oktober 46 10, pr November-Dezember 46, 10, pr April-Mai 49, 00. Weizen pr. Oktober-November 190, 00. Roggen pr Oktober-November 150, 50, pr November-Dezember 151, 50, pr. April-Mai 155. 50 Rüböl pr Oktober-November 61, 00, pr. November-Dezember 61, 50, pr. April-Mai 65, 00. Zink fest. —

Bremen, 11. Oktober. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11, 50, pr. November 11, 60, pr. Dezember 11, 80, pr. Januar 12, 10. Höher.

Hamburg, 11. Oktober, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, auf Termine still. Roggen loko still, auf Termine flau. Weizen pr. Oktober 204 Br., 202 Gd., pr. Novbr.-Dezemb. pr. 1000 Kilo 205 Br., 204 Gd. Roggen pr. Oktober 142 Br., 141 Gd., pr. November-Dezember pr. 1000 Kilo 146 Br., 145 Gd. — Hafer fest. — Gerste ruhig. — Rüböl steigend, loco und pr. Oktober 66, pr. Mai pr. 200 Pfd. 67½. — Spiritus still, pr. Okt. 37, pr. Novbr.-Dez 38, pr. Dezember-Januar und pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 pCt. 38½. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loko 11, 20 Br., 11, 10 Gd., pr. Oktober 10, 10 Gd., pr. Oktober-Dezember 11, 30 Gd.

Köln, 11. Oktober, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt) Weizen matt, hiesiger loco 20, 50, fremder loko 21. 50 pr. November 20, 45, pr. März (1876) 21, 85. Roggen matt, hiesiger loko 16, 00, pr. November 14, 45, pr. März (1876) 15, 75. Hafer still, loco 17, 00, pr. November 16, 75. Rüböl höh., loko 33, 00, pr. Oktober 32, 90, pr. Mai (1876) 34, 00. — Wetter: Regen.

Amsterdam, 11. Oktober, Nachmitt. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen pr. November 274, pr. März 296. Roggen pr. Oktober 184 pr. März 194½.

Berlin, 11. Oktbr. Wind: N, schwach. Barometer 27, 9. Thermometer + 6° R. Witterung: Regen.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 174–220 Rm. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat 196,50–195 Rm. bz., Oktbr.-Nov. do., Nov.-Dez. 200–198 bz., April-Mai 211,50–210 bz. — Roggen loko per 1000 Kilgr. 138–165 Rm. nach Qual. gef., inländ. 156 163,50 ab Bahn, russ 138,50–142 ab Kahn bz., per diesen Monat 144–142 bz., Okt.-Nov. do., Novbr.-Dezbr. 146–144,50 bz., Frühjahr 152,50–151,50 bz — Gerste loko per 1000 Kilogr. 137–183 Rm. nach Qual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 129–183 Rm nach Qual. gef., ost- u. westpr. 155–174, pomm. u meckl 163–180, russ. 155–178, neuer böhm. und sächs. 163–178 ab Bahn bz., per diesen Monat 171 bz., Oktbr.-Nov 167 50 bz., Nov.-Dezbr 167 bz., Frühjahr 169 bz. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 186–233 Rm. nach Qual., Futterwaare 175–185 Rm. nach Qual. — Raps per 1000 Kilgr. —. — Rübsen —. — Leinöl loko per 100 Kilgr. ohne Faß 59 Rm. bz. — Rüböl per 100 Kilogr. loko ohne Faß 64 bz., mit Faß —, per diesen Monat 64,5–64,8 Rm. bz., Oktbr-Nov 63,8–64,8–64 5 bz., Novbr.-Dez. 6 38–65–64,7 bz., April-Mai 65 5–66–65,8 bz — Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Kilo mit Faß loko 25,5, per diesen Monat 24,5 bz., Oktbr-Nov 23 9 24,4 bz., Novbr.-Dez. 25 bz., Dez.-Januar 25,2–25,4 bz., April Mai —. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. loko ohne Faß 48 Rm. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 48 5–48,2 48,3 Rm. bz., Oktbr.-Nov. do., Nov.-Dez. 48,7–48,3–48,4 bz., April-Mai 51,8–51,2–51,4 bz — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 28–26,75 Rm., Nr. 0 u. 1 26,25–25,25 Rm — Roggenmehl Nr. 0 23,75 22 Rm., Nr. 0 u. 1 21,25–19,52 Rm. per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack per diesen Monat 21 25–21,15 Rm. bz., Okt.-Novbr. do, Nov.-Dez. 21,40–21 20 bz., Dezbr.-Jan. 21,40–21,30 bz., Jan.-Febr. 21,45–21,35 bz., April-Mai 21,50 bz (B. u. H.-Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
11 Oktbr.	Nachm. 2	27" 7''' 20	+ 9°0	S 3	bedeckt. St., Ni.
11. "	Abnds. 10	27" 6''' 34	+ 7°9	SO 3	bedeckt. Ni.
12. "	Morgs. 6	27" 6''' 67	+ 7°4	SO 2	bedeckt, regenhaft

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. Oktbr. 1875 12 Uhr Mittags 0.50 Meter
" " 11. " " " " " 0.50 "

Breslau, 11. Oktober, Nachmittags.
Matt.

Freiburger 79, 00. do. junge — Oberschles. 139, 25 R. Oder-Ufer-St.-A 97,75. do. do. Prioritäten 104, 50. Franzosen 104 00. Lombarden 190, 50. Italiener —. Silberrente 66,30 Rumänier 31,50 Bresl. Diskontobank 67, 25 do. Wechslerbank 64, 00. Schles. Bankv. 90, 25 Kreditaktien 366, 00. Laurahütte 79, 75 Oberschles. Eisenbahnbed. —,—. Oesterreich. Bankn 180, 40 Russ. Banknoten 273, 25 Schles. Vereinsbank 88 75. Ostdeutsche Bank —. Breslauer Prov.-Wechslerb. —,—. Kramsta 83 00. Schlesische Zentralbahn —, —. Bresl Delf. —, —

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 11. Oktober Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Ziemlich fest, Kreditaktien in Prolongation offerirt. Privatdiskont bis zu 5¾ pCt.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 203,10. Pariser Wechsel 80,45. Wiener Wechsel 180, 10. Franzosen*) 248¼. Böhm. Westb. 169 Lombarden*) 94½. Galizier 190. Elisabethbahn 153½. Nordwestbahn 127½. Kreditaktien*) 182¼. Russ. Bodenkr 90⅜. Russen 1872 101¾. Silberrente 66½. Papierrente 63. 1860er Loose 117⅛ 1864er Loose 306, 20. Amerikaner de 1885 99¼. Deutsch-österreich. 77¼ Berliner Bankverein 75⅝ Frankfurter Bankverein —. do. Wechslerbank 72¼. Bankaktien 826, 00. Meininger Bank 83 Hahn'sche Effektenbank —. Darmstädter Bank 122⅞. Hess. Ludwigsb. 96¾.

Badische Loose —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 182⅛, Franzosen 248⅛, Lombarden 94⅛, Reichsbank —.

Frankfurt a. M., 11. Oktober, Abends. [Effekten-Sozietät] Kreditaktien 180½, Franzosen 245½. Lombarden 92⅞ Galizier 189¼, 1860er Loose 116¾, Silberrente 66¼. Reichsbank 153½. Matt auf pariser Notirungen.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 11. Oktober, Vormittags 10 Uhr 5 Minuten. Kreditaktien 210, 00, Anglo-Austr 107, 10, Unionbank —, —, Lombarden 109, 00. Ziemlich fest.

Wien, 11. Oktober, Vorm. 11 Uhr 5 Min. Kreditaktien 209. 60. Franzosen 280, 00, Galizier 214, 50 Anglo-Austr 106. 60, Unionbank —, —, Lombarden 109, 50, Napoleons 8, 96. Geschäftslos bei fester Grundtendenz.

Wien, 11. Oktober, Nachm. 12 Uhr 10 Min. Kreditaktien 209, 60, Franzosen 280 00, Galizier 214 75, Anglo-Austr. 106, 60, Unionbank 89, 90, Lombarden 109, 25. Still.

Wien, 11. Oktober, Nachmittags 1 Uhr. Kreditaktien 209, 40, Franzosen 280 00, Galizier 214, 75, Anglo-Austr. 106, 00, Unionbank —, —, Lombarden 109, 25. Schwach.

Wien 11. Oktober. Geschäftslos. Valuta sehr gefragt und höher, Bahnen lustlos.

[Schlußcourse.] Papierrente 70, 05. Silberrente 74. 05 1854er Loose 104 70. Bankaktien 921, 00. Nordbahn 1720. Kreditaktien 208, 80. Franzosen 278 75 Galizier 214, 75 Nordwestbahn 144, 70. do. Lit. B. 55, 00. London 112, 50 Paris 44, 40. Frankfurt 54, 85 Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 163 75 1860er Loose 111, 80 Lomb. Eisenbahn 109 10 1864er Loose 133, 60. Unionbank 89, 00. Anglo Austr. 105, 50. Austro-türkische —, —. Napoleons 8, 96½ Dukaten 5, 34. Silberkoup. 102, 20 Elisabethbahn 173, 30 Ungarische Prämienanleihe 79, 70. Preußische Banknoten 1, 66⅞

Nachbörse: Fester. Franzosen höher. Kreditaktien 210, 40, Franzosen 279, 50, Galizier 216, 00, Lombarden 109, 00, Anglo-Austr. 109, 25, Unionbank 90, 25.

London, 11. Oktober Nachmittags 4 Uhr

Konsols 93[15]/16 Italien. 5proz. Rente 72¾. Lombarden 9[9]/16. 3proz. Lombarden Prioritäten alte 9½. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9¼. 5proz Russen de 1871 —. 5proz. Russ. de 1872 100¾. Silber 56[13]/16. Türk. Anleihe de 1865 28⅜. 6proz. Türken de 1869 34⅛ . Vereinigt. St. pr. 1885 106⅛. do. 5prozent fundirte de 1882 104¾. Oesterr. Silberrente —. Oesterr. Papierrente —. 6proz. ungar. Schatzbonds —. 6prozent. ungarische Schatzbonds II. Emission —. Spanier 17¾.

Wechselnotirungen: Berlin 20, 64. Hamburg 3 Monat 20, 64. Frankfurt a. M. 20, 64. Wien 11,40. Paris 25, 47. Petersburg 31⅞.

Aus der Bank flossen heute 77,000 Pfd. Sterl.

Platzdiskont 2½ pCt.

Paris, 11 Oktober, Morgens. Auf dem Boulevard wurden gestern Abend Anleihe de 1872 zu 105, 10, Türken zu 30, 00, Spanier zu 18, 18, Türken zu 30, 00, Türkenloose zu 93, 00 gehandelt.

Paris, 11. Oktober, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 65, 85, Anleihe de 1872 105, 17½, Italiener 73 80. Franzosen 625, 00, Lombarden 247, 50. Türken 29, 70, Spanier 18⅛ Fest.

Paris, 11. Oktober, Nachmittags 3 Uhr. Börse matt.

[Schlußkurse.] 3proz. Rente 65, 45 Anleihe de 1872 104 75. Ende September. Ital. 5proz. Rente 73, 20 Ital. Tabaksaktien 765,00. Ital. Tabaksoblig. 500, 00. Franzosen 617 50 Lombard. Eisenbahn-Aktien 240, 00 Lombard. Prioritäten 239 00. Türken de 1865 28, 75. Türken de 1869 170 00 Türkenloose 89 25

Kredit mobilier 176. Spanier exter. 17¾, do. inter. 14⅞.

New-York, 9. Oktober, Abends 6 Uhr [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagios 16½, niedrigste 16⅜. Wechsel auf London in Gold 4 D. 80 C. Goldagio 16½ [5]/20 Bonds de 1885 119⅝. do. neue 5proz. fundirte 117⅞. [5]/20 Bonds de 1887 120¼. Erie-Bahn 16½. Zentral-Pacific 107. New-York Zentralbahn 102. Baumwolle in New-York 13½. Baumwolle in New-Orleans 13⅛. Mehl 5 D. 95 C. Raffin. Petroleum in New-York 14. do. Philadelphia 13¼. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 37 C. Mais (old mixed) 71 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7¾ Kaffee (Rio-) 20½. Getreidefracht 9½

Berlin, 10. Oktober. [Fonds- und Aktien-Börse.] Eine starke Verstimmung, die sich bereits während des gestrigen Privatverkehrs der Spekulation bemächtigt hatte, hielt auch heute, und zwar umsomehr an, als auch die fremden Notirungen wenig günstig eintrafen. Die Course stellten sich auf spekulativem Gebiet durchschnittlich etwas matter und blieb selbst auf herabgesetztem Niveau das Angebot vielfach überwiegend.

Der Kapitalsmarkt bewahrte eine im Allgemeinen feste Haltung, während andere Kassawerthe vielfach schwächer wurden. Geschäftsunlust herrschte auf allen Verkehrsgebieten vor und gewannen die Umsätze auch für die gewöhnlich mit Vorliebe gehandelten spekulativen Hauptdevisen nur geringfügige Ausdehnung.

Der Geldstand gewann etwas günstigere Gestaltung und zeigte Geld sich nicht unwesentlich flüssiger; im Privatwechselverkehr trat denn auch eine Reduktion des Diskonts ein bis auf 4¾ pCt. für feinste Briefe.

Die österreichischen Spekulationspapiere waren matter, Kreditaktien verhältnißmäßig lebhaft, Franzosen und Lombarden ruhig.

Die fremden Fonds und Renten waren wenig verändert und in mäßigem Verkehr; Türken fest, Italiener etwas schwächer, Türkenloose wesentlich besser.

Deutsche und preußische Staatsfonds, sowie landschaftliche Pfand- und Rentenbriefe hatten zu fast unveränderten Coursen normalen Verkehr.

Prioritäten waren behauptet und still.

Bahnen hatten zu meist behaupteten Preisen ruhiges Geschäft für sich. Rheinisch Westfälische Bahnen waren verhältnißmäßig lebhaft; Galizier offerirt, Rumänische Aktien fest.

Bankaktien und Industriepapiere waren schwach behauptet und still; deren spekulative Devisen lebhafter, aber wie Diskonto-Kommandit-Antheile, Laurahütte 2c. matter. Gewerbebank Schuster wesentlich niedriger.

Ultimo-Course.	Per ultimo Oktober fix:
Berg.-Märk.	70,50a25bz.
Cöln-Mindener	91,75bz B.
Dortmunder	13a12 75bz.
Disconto	144 75a143,75a44 25bz.
Italiener	72 50a70bz.
Franzosen	496 50a497a496a497bz.
Lombarden	189a189 50a188a190bz.
Oesterr. Credit	366a365 50a366bz.
Laurahütte	79,50 a 78, 75 bz.
Rheinische	108,50a10bz.
Türken	28,90a50a60bz.G.

Fonds- u. Actienbörse

Berlin, den 11 Oktober 1875.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl	4½	104 90 bz
Staats-Anleihe	4	97,80 bz
do. do.	4½	— —
Staatsschuldsch.	3½	91 60 bz
Prm.St.Anl. 1855	3½	133,50 bz
Kurh. 40Thlr.Obl.	—	265,00 bz
K. u. Neum Schld.	3½	93,00 bz
Oderdeichbau-Obl.	4½	101, G
Berl. Stadt-Obl.	4½	101,50 bz
do. do	3½	90,80 bz
Brl. Börsen-Obl	5	100,10 bz
Berliner	4½	101,75 bz B
do.	5	107,00 bz
Kur- u. Neum	3½	87,00 bz
do. do	4	83,75 bz B
do. neue	4½	102,50 bz
Ostpreußische	3½	— —
do. do.	4	94,10 bz B
do. do.	4½	100,70 bz
do. do.	5	— —
Pommersche	3½	83 50 bz
do. neue	4	93,00 bz
Posensche neu	4	93,50 bz
Schlesische	3½	— —
Westpreußische	3½	83,75 bz
do. do.	4	93,25 bz
do. Neuland.	4	92 50 B
do. do.	4½	99 60 bz
Kur- u. Neum	4	97 40 bz
Pommersche	4	97,00 bz
Posensche	4	95,50 bz
Preußische	4	95,75 bz
Rhein.-Westf.	4	98,50 bz B
Sächsische	4	97 50 B
Schlesische	4	96,00 bz
Goth.Pr.-Pfdbr I.	5	109,00 bz
do. II.	5	105,90 bz
Pr.Bd.Crd.-Hyp.-B.unkündb. I.u.II.	5	104,50 bz
Pomm. Hyp.Pr.B	5	105,00 G
Pr.Ctlb.-Pfdb.kdb	4½	100,10 bz
do. (110rückz.)unk	5	103,50 B
Krupp Pt.-O.rückz.	5	102,00 bz
Rhein. Prov.-Obl.	4½	— —
Anhalt. Rentenbr	4	97,75 bz B
Meininger Loose	—	21,20 B
Mein. Hyp. Pfd.B	5	100 00 G
Hmb. Pr.A. v.1866	3	178,75 bz
Oldenburger Loose	3	137,50 B
Bad.St.-A. v.1866	4½	102, G
do.Eisb.-P.A.v.67	4	120,60 bz G
Neuebad.35fl.Loose	—	147,50 bz
Badische St.-Anl.	5	— —
Baier. Pr.-Anleihe	4	124,00 bz B
Brschw. 20 Thl.-L.	—	84,50 bz
Dess.St.-Präm.-A	3½	118 70 bz
Lübecker do.	3½	176,00 bz
Mecklenb. Schuldv.	3½	88,75 B
Köln-Mind. P.-A.	3½	109,70 bz

Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	6	103,40 etw bz G
do. do. 1882 gek.	6	98,00 G
do. do. 1885	6	98,90 G
Newyork. Stadt-A.	7	101,75 B
do. Goldanleihe	6	100,20 bz G
Finnl. 10Thl. Loose	—	41,00 bz
Italienische Anl.	5	72,80 bz
do. Tabaks-Obl.	6	100 80 bz B
do. do. Reg.-Akt.	6	490, G
Oester.Pap.-Rente	4⅕	63,10 bz
do. Silberrente	4⅕	66,40 bz
do. 250fl.Pr.Obl.	4	111, bz
do. 100 fl. Kred.-L.	—	350,50 G
do. Loose 1860	5	117,50 bz
do. Pr.-Sch.1864	—	303,50 G
do. Bodenkr.-G.	5	88,25 bz B
Poln. Schatz-Obl.	4	88,00 bz
do. Pfdbr.III.Em	5	80,50 G
do. Part.O.500fl.	4	— —
do. Liqu.-Pfandb.	4	70,10 G
Raab-Grazer Loose	4	82,25 bz
Franz. Anl.71. 72.	4	104,00 bz
Ruman. Anleihe	8	104, bz G
Russ. Bodenkredit	5	90,10 bz
do. Ctr.-Bdcr.-Pf.	5	94 00 bz
do. Nicolai-Obl.	4	86,40 bz
Russ.-engl. A. v.62	5	103, bz
do. " "	3	71,60 bz G
do. " v.70	5	105, G
do. 5. Stiegl.Anl.	5	86,20 bz B
do. 6. " "	5	98,90 bz
do. Prm.Anl. de64	5	200, bz
do. " " 66	5	196, bz G
Türk. Anleihe 1865	5	28,70 bz
do. do. 1869	6	47,75 bz
do. do. kleine	6	35, bz
do. Loose (vollg)	3	85,90 bz
Ungarische Loose	—	174. bz B
do. Schatzscheine	6	96,20 bz B
do. kleine	6	96,30 bz G
do. do. II. Em	6	95,70 B
do. kleine	6	95,70 bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Bk.f.Sprit(Wrede)	7	62,25 bz
Barm. Bankverein	3	83 50 bz G
Berg.-Märk. Bank	4	72,75 G
Berliner Bank	4	89, G
do. Bankverein	5	76 50 bz G
do. Kassenverein	4	41,00 G
do. Handelsges.	4	106 50 bz G
do. Wechslerbank	5	111,50 bz G
do.Prod.u.Hdlsbk.	3½	84 75 bz G
Bresl. Discontobk	4	67,25 G
Bk.f.Ldw. Kwilecki	5	69. B
Braunschw. Bank	4	91,75 bz G
Bremer Bank	4	108,00 G
Ctralb. f. Ind. u.H	5	68,75 bz G
Centralb. f.Bauten	5	26 50 bz B
Coburg Creditbank	4	68 00 bz
Danziger Privatbk	4	115,25 G
Darmstädter Kred.	4	123,20 bz
do. Zettelbank	4	94,00 G
Dessauer Kreditbk.	4	78,50 B
Berl Depositenbank	5	— —
Deutsche Unionsbk.	4	79 bz
Disc. Commandit	4	147,90 bz
Geraer Bank	4	93, B
Gewb. H. Schuster	4	53, bz G
Gothaer Privatbk	4	95 00 G
Hannoversche Bank	4	103,75 bz G
KönigsbergerV.-B.	4	93, B
Leipziger Kreditbk.	4	132,25 G
Luxemburger Bank	4	107, G
Magdeb. Privatbk.	4	105,00 G
Meininger Kredbk.	4	82 25 bz
Moldauer Landesb.	4	48. G
Norddeutsche Bank	4	133 75 bz
Nordd.Gr.Cr.A.-B.	7½	103,00 bz G
Ostdeutsche Bank	4	77 00 G
do. Produktenbk.	4	—, —
Oesterr. Kreditbank	5	367,50 bz
Posener Prov.-Bk.	4	96,50 G
do.Prov.Wechsl.Bk.	4	1,00 bz G
Pr. Bod.-K.-A.-B.	4	97,25 bz G
do. Bankantheile	4½	166 75 bz
do. Ctr.-Bd.40pr.	5	118 50 bz
Rostocker Bank	4	104, B
Sächsische Bank	4	120,25 bz G
Schles. Bankverein	4	90,50 bz
Thüringer Bank	4	81, bz G
Weimarische Bank	4	73,00 bz
Prß.Hyp.Versicher.	4	128 00 bz G

In- u. ausländische Prioritäts Obligationen.

Aachen-Mastricht	4½	91,00 B
do. II. Em.	5	99,75 B
do. III. Em.	5	99 25 G
Bergisch-Märkisch	4½	100,50 bz B
do. II.Ser.(conv.)	4½	98,50 bz B
III. Ser.3 v.St.g	3½	85,00 G
do. Lit. B	3½	84, G
do. IV. Ser	4½	98, B
do. V. Ser	4½	97 25 G
do. VI. Ser	4½	96,80 bz G
do. Düsseld.-Elb	4	90,10 G
do. II. Ser	4½	96, G
do. Dortm.-Soest		89,50 G
do. II. Ser	4½	95, bz B
do. (Nordbahn)	5	102,75 B
Berlin-Anhalt	4	97,50 B
do. do.	4½	99,00 bz B
do. Lit. B.	4½	99,00 bz B
Berlin-Görlitz	5	102,00 etw bz B
Berlin-Hamburg	4	93 00 G
do. II. Em.	4	93,50 G
Berl.-Potsd.-Mgb Lit A. u. B	4	90,50 bz G
do. Lit. C	4	89 50 bz B
Berl.-Stett. II.Em	4	92 25 bz B
do. III Em	4	92,00 B
do. IV. S.v.St.g	4½	102,75 bz
do. VI. Ser. do	4	92, B
Bresl.-Schw.-Frb.	4½	95, bz
Köln-Krefeld	4½	99 G
Köln-Mind. I.Em	4½	102,00 G
do. II. Em.	5	104,75 bz G
do. do.	4	93,50 G
do. III. Em.	4	90,50 B
Cöln-Mnd.IV.Em	4½	91,90 bz B
do. V.Em	4	90,00 G
Halle-Soran-Gub.	5	87,50 bz
Märkisch-Posener	5	101,75 G
Magdeb.-Halberst.	4½	98,00 G
do. do. 1865	4½	94,50 G
do. do. 1873	4½	99,00 bz G
do. Wittenb.	3	96,00 G
Niederschl.-Märk.	4	96,50 B
do.II.S.a62½thlr.	4	95,50 G
do. c. I. u. II. Ser	4	96 25 G
do. con. III. Ser	4	94, G
Oberschl. Lit A	5	91, G
do. do. B	3½	85, G
do. do. C.	4	91, G
do. do. D.	4	91, G
do. do. E	3½	84,80 G
do. do. F.	4½	100, B
do. do. G.	4½	100, bz G
do. do H.	4½	101. B
do. Em. v. 1869	5	102,75 B
Brieg-Neiße	4½	97,40 G
Kosel-Oderberg	4	93, B
do. III. Em.	5	103,00 bz B
Niederschl. Zweigb.	3½	79,00 B
Stargard-Posen	4	92 25 B
do. II. Em	4½	98 75 B
do. III. Em	4½	98,75 B
Ostpreuß. Südbhn	5	101,50 G
RechteOder-Ufer I.	5	103, B
Rhein. Pr.-Oblig.	5	94,25 B
do. v. Staate gar.	3½	86 25 B
do.III. v.1858 u.60	4½	98,75 bz B
do. 1862, 64, 65	4½	98 75 bz B
Rhein Nah.v.St.g.	4½	102 60 B
do. II. Em	4½	102 60 B
Schleswig	4½	99, G
Thüringer I. Ser	4½	93,00 B
do. II. Ser	4	99. G
do. III. Ser	4½	91,50 B
do. IV. u. V. Ser.	4½	99 B
Galiz. Carl-Ludwb	4½	87 25 bz
Kaschau-Oderberg	5	65.50 bz G
Ostrau-Friedland	5	67,00 G
Ungar.Nordostbhn.	5	62, etw bz G
do. Ostbahn	5	57,25 bz
Lemberg Czernowitz	5	69. G
do. II. Em	5	73,20 bz B
do. III. Em	5	65, bz
Mähr.Grenzbahn	5	62, G
Oesterr.-Franz.St	4½	319,30 bz G
Oestr. Nordwestb.	5	83 50 G
Südöstr. Bhn (Lb.)	3	236,50 etw bz G
do. Lomb. Bons de 1875	6	102 50 G
do. do. de 1876	6	101,30 G
do. do. de 1878	6	104, G
Charkow-Azow	5	100, G
Jelez-Woronesch	5	98,00 bz
Kozlow-Woronesch	5	100.50 bz G
Kursk-Charkow	5	99 90 B
Kursk-Kiew	5	100,60 bz
Mosko-Rjäsan	5	101, B
Rjäsan-Kozlow	5	100,60 bz
Schuja-Iwanow	5	100. B
Warschau-Teresp.	5	99 90 B
kleine	5	98,90 B
Warschau-Wiener	5	99 25 bz G
kleine	5	99,25 bz G

Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten.

Aachen-Mastricht	4	24 50 bz G
Altona-Kieler	5	108. bz
Amsterd.-Rotterd.	4	109,30 bz
Bergisch-Märkische	4	78 25 bz
Berlin-Anhalt	4	102,60 bz G
Berlin-Görlitz	4	35 00 bz
do. Stammpr.	5	68,90 bz B
Balt. russ. (gar.)	3	58,90 bz
Brest-Kiew	5	63 90 bz B
BreslauWarsch.S.	5	29 75 B
Berlin-Hamburg	4	177,50 bz G
Berlin-Ptsd.-Mgd	4	86,50 bz
Berlin-Stettin	4	117,25 bz B
Böhm. Westbahn	5	84, G
Brest-Grajewo	5	36 bz G
Bresl.-Schw.-Frb.	4	78,25 etw bz G
Köln-Minden	4	91,75 bz
do. Lit. B.	5	97 80 bz G
Crefeld Kr.Kempen	5	0 70 B
Galiz.Carl-Ludw	5	96 25 bz
Halle-Soran-Gub.	4	9,30 bz
do. Stammpr.	5	20,25 bz G
Hann. Altenbeken	5	12 50 G
Löbau-Zittau	3½	90, bz
Lüttich-Limburg	4	13,10 bz
Ludwigshaf.-Bexb	4	174, bz
Kronpr.-Rudolph	5	55,75 etw bz G
Märkisch-Posen	4	21,00 bz G
do. St.-Prior.	5	64 25 bz G
Magdeburg-Halb.	4	49,00 bz G
do. St.-Prior.B	3½	53,00 bz G
Magdeb.-Leipzig	4	209 00 bz
do. Lit. B	4	90,00 bz
Mainz-Ludwigsh	4	96 75 bz
Münster-Hammer	4	97,00 B
Niederschl.-Märk.	4	98, B
Nordh. Erf. gar.	4	29, bz G
do. Stammpr.	4	27,50 bz B
Oberhess. v.St.gar	3½	72,80 G
Obers. Lt.A.C.u.D	3½	139 40 bz
do. Litt. B	3½	130,40 bz
Oestr.Frz.Staatsb	5	499,50 bz
do. Südb.(Lomb.)	5	189,50 bz
Ostpruß Südbahn	4	31 90 bz
do. Stammpr.	5	80 50 bz G
Rechte Oderuferb.	5	97 50 bz
do. Stammpr.	5	104,50 G
Reichenberg-Pard.	4½	61,90 B
Rheinische	4	108 60 bz
do. Lit.B.v.St.g.	4	91,50 bz
Rhein-Nahebahn	4	12 30 bz
Russ.Eisb.v.St.gr	5	108,50 bz
Stargard-Posen	4½	101,40 bz
Rum. Eisenbahn	5	31,50 bz G
Schweizer Westb.	4	8,00 bz B
do. Union	4	4,20 bz
Thüringer	4	113,80 etw bz B
do. B. gar.	4	88,20 bz G
Tamines Landen	4	1,20 bz
Warschau-Wiener	5	236,10 bz G

Gold, Silber u. Papiergeld

Louisdor	—	— —
Sovereigns	—	20,325 etw bz
Napoleonsdor	—	16,16 bz
Dollar	—	4,17 G
Imperials	—	16,65 bz
Fremde Banknoten	—	99,85 bz
do. (einl. i. Leipz.)	—	99 90 bz G
Oesterr. Banknoten	—	180,20 bz
do. Silbergulden	—	183.50 bz
Russ. Not. 100 R.	—	273,60 bz

Wechsel-Kurse.

Berliner Bankdisk	6	
Amsterd. 100fl. 8T.	3	168,85 bz
do. do. 2M.	3	167,90 bz
London 1 Lstr. 8T.	2	20,30 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	4	80,50 bz B
do. do. 2M.	4½	— —
Belg. Bankpl. 100 Fr. 8 T.	4½	80,50 bz
do. 100 Fr. 2M.	4½	80 05 bz
Wien 100 fl. 8 T.	4½	179,80 bz
do. do. 2M.	4½	178,50 bz
Augsb. 100fl. 2M.	5	— —
Leipzig100Thl. 8T.	5½	— —
Petersb.100R.3W.	5	272 80 bz
do. do. 3M.	5	270,35 bz
Warsch. 100R. 8T.	4	272,95 bz

Industrie-Papiere.

Aquarium-Aktien	—	68 50 B
Bazar-Aktien	—	100 25 B
Bischweil.Tuch-Fb.	—	5,50 B
Berliner Papierfb.	—	20,50 G
do. Bockbrauerei	—	57, B
do.Brauer.Tivoli	—	91,50 bz
Brauer. Patzenhof.	—	100 G
Brauerei Moabit	—	52, G
Bresl.Br.(Wiesner	—	— —
Deut. Stahl-J. A.	—	6,60 G
Erdmannsd. Spin.	—	29, B
Elbing. M. Eisenb	—	0,10 B
Flora, A.-Ges.Berl	—	12,10 B
Forster, Tuchfabrik	—	— —
Gummifbr. Fonrob	—	46. G
Hannov. Masch.G (Egestorf)	—	25, bz G
Kön. u. Laurahütte	—	78,75 bz
Königsberg.Vulkan	—	10, bz G
Mk-Schl.Maschin.Fabrik (Egells)	—	17,50 bz G
Marienhütte	—	54, B
Münnich,Chemnitz	—	1 50 bz G
RedenhütteAkt.-G	—	7,75 B
Saline u. Soolbad	—	47,90 bz G
Schles.Lein.Kramsta	—	83,25 B
Ver.Mgd. Spr.Br.	—	21, B
Wollbanku.Wollw.	—	20 G

Versicherungs-Aktien.

A.-Münch. F.V.G.	—	7860 G
Aach.Rück-Vers.G.	—	1635 G
Allg.Eisenb. Vs.G.	—	1480 G
Berl.Ld.u.W.V.G.	—	700 G
do. Feuer-Vers.G.	—	1490 G
do. Hagel-Ass.-G.	—	580 G
do. Lebens-V.-G.	—	2110 G
Colonia, F.-V.-G.	—	6300 G
Concordia,L.-V.G.	—	2150 G
Deutsche F.-V.-G	—	710 G
do. Trsp.-V.-G.	—	610 G
Dresd.Allg.Trs.-V.	—	960 G
Düsseldorf. do.	—	950 G
Elberfeld. F.-V.G	—	3775 B
Fortuna, Allg.Vrs	—	810 G
Germania,L.-V.G.	—	458 B
GladbacherF.V.G	—	1340 B
Kölnische Hag.V.G	—	— —
do. Rückvers.Ges.	—	480 B
LeipzigerFeuerv.G	—	6200 G
Magdb.All.Unf.V.	—	295 B
do. Feuer-V.-G.	—	2384 B
do.Hagel-Vers.G.	—	185 G
do. Lebens-V.-G.	—	284,50 G
do.Rückvers.-Ges.	—	532 B
Mecklenb. Lebensvs.	—	— —
Nieder.Güt.Ass.G.	—	700 G
Nordstern,Leb.V.G	—	630 bz G
Preuß.Hagelvrs G.	—	310 B
do. Hyp.V.-A.G.	—	128,50 bz B
do. Lebens-V.-G.	—	310 G
do. Nat.-Vers.G.	—	750 B
Providentia, V.-G.	—	318, G
Rhein.-Wstf.Lloyd.	—	550 G
do. do.Rück-V.G.	—	210 G
Sächsische do. do.	—	195 G
Schles.Feuer-V.G.	—	612 G
Thuringia,Vers.G.	—	550 G
Union, Hagel-Ges.	—	300 G
do. See- u.Fl.-V.	—	— —

Druck und Verlag von W. Decker u Comp (E. Röstel) in Posen